

Offensiv gegen Gewalt

Für ein Leben ohne Angst: Rat und Hilfe
für Mädchen, Frauen und deren Kinder





Foto: Ulrike Bauer



Foto: Denise Zimmermann



Foto: Mike Yeung

Editorial

3

Thema

Offensiv gegen Gewalt

Für ein Leben ohne Angst: Rat und Hilfe für Mädchen, Frauen und deren Kinder

Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter 4

Das Verstecken ist vorbei 6

„Viele Frauen gehen in den Sammelunterkünften nachts aus Angst vor Übergriffen nicht mehr zur Toilette“ 10

„Nein heißt nein!“ 13

Webportal zeigt Wege aus der Gewalt 15

Bedrängt, begrabscht, vergewaltigt... 13

Schnelle Hilfe am Security Point 13

Auch Kinder leiden, wenn der Vater die Mutter schlägt 18

Genitalverstümmelung: Ein Trauma, von dem sich viele nie mehr erholen 19

Verbandsrundschau

Mitgliedschaft, die sich lohnt 21

„Werte brauchen Rechte!“ 22

Impulse aus Mitgliedsorganisationen 24

Ideenwettbewerb „Vielfalt leben!“: Das sind die Preisträger 25

Rolf Rosenbrock eindrucksvoll im Amt bestätigt 25

Wahl der Verbandsratsmitglieder 26

Cord Wellhausen: „Der Verband hat mich beflügelt“ 26

90.000 gegen TTIP und CETA kurz gemeldet 27

Sozialpolitik

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert 28

„Wir brauchen kluge Konzepte gegen Altersarmut“ 29

Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren 30

Attraktivität des Pflegeberufs steigern 30

Zu wenig Geld für große Herausforderungen 31

Interessante Blogbeiträge rund um Armut 32

Restriktion statt Integration 32

Forum

Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt 33

„Wer eine Perspektive hat, braucht keine rechte Ideologie“ 33

Rosenbrocks Videoblock 33

Kompetenzanalyse in der Migrationsberatung 33

Hören & Sehen

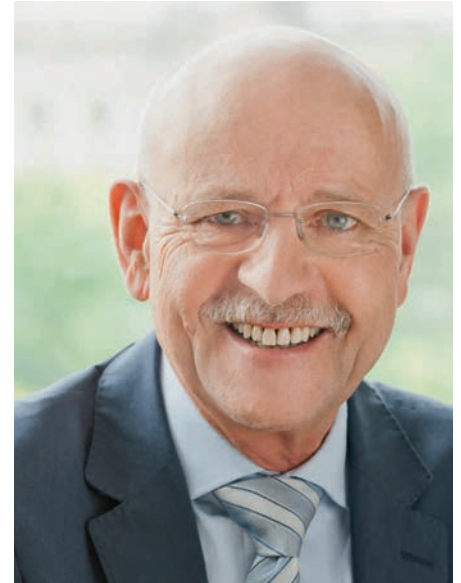
34

Buchtipp | Impressum

35

was? – wann? – wo?

36



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

Gewalt gegen Frauen und Mädchen und das, was getan wird, um ihr zu begegnen, ist nicht zum ersten Mal Schwerpunktthema unseres Verbandsmagazins. Immer wieder gibt es besondere Projekte und neue Entwicklungen in der Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen, über die es sich ausführlicher zu berichten lohnt. Nicht zuletzt auch, um das vielfältige Engagement beispielhaft darzustellen und zu würdigen. Denn wer sich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen beruflich oder ehrenamtlich beschäftigt, braucht nach wie vor viel Kraft und Durchhaltevermögen, um nicht daran zu verzagen, dass sich zumindest vordergründig kaum etwas bewegt. Und wirklich erscheint es vielfach als Sisyphusaufgabe, erkennbare Verbesserungen für die von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder zu erzielen. Nicht selten braucht es mehrere Anläufe und zahlreiche fachliche und politische Initiativen, um mit Forderungen etwa nach substanziellen Verbesserungen beim Gewaltschutz für Frauen oder einer nachhaltigen und verlässlichen Finanzierung des Hilfe- und Unterstützungssystems Gehör zu finden. Mitunter kann es schon als Erfolg gewertet werden, wenn es gelingt, bei politisch Verantwortlichen zumindest Problembewusstsein zu wecken. Es ist beinahe schon zur Routine geworden, nach Wahlen in den Landesparlamenten oder im Bund die

neuen Parlamentarier und Ausschussmitglieder über Art, Umfang und Ausstattung des Hilfe- und Unterstützungssystems erneut zu informieren, eine Unterstützung bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einzufordern sowie für gemeinsame Initiativen und Vorhaben zu werben.

Da drängt sich so manch einer und einem die Assoziation auf: Kaum ist der Felsbrocken den steilen Hang hinaufgeschafft, rollt er wieder herunter. Doch es lohnt sich, genauer hinzuschauen: Zwar erfolgt die Rezeption des Sisyphus als Figur der griechischen Mythologie spätestens seit der römischen Antike vor allem im Hinblick auf die nicht enden wollende Arbeit und Mühe, dabei wird aber verkannt, dass die Figur ebenso für große Weisheit und Durchhaltevermögen steht.

Gerade Letzteres kann mit Sicherheit auch den vielen beruflich und ehrenamtlich Tätigen im Hilfe- und Unterstützungssystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder attestiert werden. So ist es unter anderem ihrem Engagement zu verdanken, dass seit 1997 die Vergewaltigung in der Ehe strafbar ist, dass 2002 das Gewaltschutzgesetz in Kraft trat und die Bundesregierung 2011 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, unterzeichnet hat. Angesichts der aktuellen

Herausforderungen im Hinblick auf die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge wird einmal mehr deutlich, was das Hilfe- und Unterstützungssystem zustande bringt, um den Schutz vor Gewalt für alle Frauen zu gewährleisten – unabhängig davon, ob sie hier geboren, zugewandert oder nach Deutschland geflüchtet sind. Es zeigt sich aber auch, wo noch Zugangsbarrieren für schutzbedürftige Frauen bestehen und beseitigt werden müssen.

Mit dem vorliegenden Heft können wir nur einen kleinen Ausschnitt der vielfältigen Angebote und Leistungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder unter dem Dach des Paritätischen aufzeigen. Weit über 500 Einrichtungen und Träger engagieren sich im Paritätischen in diesem Bereich. Ihnen ist es zu verdanken, dass sich die Mühen und Anstrengungen in der Arbeit vielfach eben doch auswirken und Erfolge sichtbar werden. Auch, wenn oft ein extrem langer Atem nötig ist. Sie alle arbeiten nicht nur zum Wohle der Frauen und deren Kindern, sondern tragen aktiv dazu bei, unsere Gesellschaft ein wenig lebenswerter, humaner und egalitärer zu machen. Ihnen gelten unsere Anerkennung und unser Respekt.

Herzlich Ihr Rolf Rosenbrock

Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter

Im Paritätischen engagieren sich mehr als 500 Einrichtungen und Organisationen für Gewaltprävention und bieten vielfältige Hilfe und Unterstützung für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Die anstehende Reform des Sexualstrafrechts könnte ihnen Rückenwind geben. Doch die aktuellen Pläne greifen zu kurz.

Körperliche, sexualisierte oder psychische Gewalt zu erleben, ist nach wie vor für viele Frauen weltweit alltägliche Realität. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt Gewalt immer noch eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen dar. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass rund jede dritte Frau weltweit körperliche und/oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt oder Opfer von sexualisierter Gewalt geworden ist. Werden Kinder und Jugendliche Zeugen von häuslicher oder sexualisierter Gewalt, begleiten die Folgen sie häufig ein Leben lang. So erschreckend diese Analyse auch ist, so vielfältig sind die Initiativen, Organisationen, Träger und Einrichtungen, die sich dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschrieben haben.

Vielfältige Hilfe

In Deutschland sind in den 1970er Jahren zum Schutz für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder die ersten Frauenhäuser, meist als Selbsthilfeeinrichtungen der autonomen Frauenbewegung, entstanden. Ergänzt wurde dieses Hilfe- und Unterstützungsangebot durch entsprechend spezialisierte Frauenberatungsstellen. Heute existieren deutschlandweit rund 360 Frauenhäuser und zahlreiche Beratungsstellen, viele davon unter dem Dach des Paritätischen. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen Schutz, Zuflucht und Unterstützung für Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind.

In den letzten Jahren hat sich die Arbeit der Frauenhäuser noch einmal erheblich verändert. Frauen, die heute Aufnahme in ein Frauenhaus suchen, sind oft mit verschiedensten Problemen belastet, wie etwa psychische oder Suchterkrankungen, Finanz- und Existenzsorgen, ein unsicherer Aufenthaltsstatus, Sprachbarrieren, eine Behinderung, drohende Obdachlosigkeit und vieles mehr. Sie benötigen ein sehr differenziertes Hilfs- und Unterstützungsangebot. Dabei geht es verstärkt auch darum, den Schutz der Frauen und ihrer Kinder vor Gewalt zu ermöglichen, ohne dass dies gleichzeitig auch zur Folge hat, dass sie den Kontakt zu ihrem vertrauten sozialen Umfeld komplett abbrechen müssen.

Sichtbar und selbstbestimmt

Eine Antwort könnte im neuen konzeptionellen Ansatz des „hexenHAUS“ in Espelkamp liegen, das wir in diesem Heft vorstellen (siehe Seite 6). Das Frauenhaus arbeitet systemisch und ist im Sozialraum gut verankert und für jeden sichtbar. Das Projekt trägt den Namen: „Richtungswechsel – sicher – sichtbar – selbstbestimmt“ und versteht sich als Ergänzung und Erweiterung zur bisherigen Frauenhausarbeit.

Sicherheit für Flüchtlingsfrauen

In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der Menschen, die in Deutschland Zuflucht vor Krieg, Terror, Gewalt, Unterdrückung und Hunger suchen, enorm gestiegen. Neben den Gefahren und Risiken, denen Flüchtlinge vor oder während der Flucht generell aus-

gesetzt sind, kommen bei den Flüchtlingsfrauen noch die geschlechtsspezifischen Gefahren hinzu. Oft haben die Frauen in ihren Herkunftsländern oder auf der Flucht Gewalt in unterschiedlichster Form miterlebt oder selbst erfahren. Die Folgen können psychische und physische Beeinträchtigungen bis hin zu schweren Traumata sein. Aber auch nach der Ankunft in Deutschland ist ihre Situation oft alles andere als optimal. Untergebracht in großen Einrichtungen, finden sie häufig keine Rückzugsräume und Schutzmöglichkeiten und sind durch die Art der Unterbringung auch hier von Übergriffen und Gewalt bedroht. Wie sich die Situation dieser Frauen darstellt, wird im Interview mit Vertreterinnen der Kölner Organisation agisra auf Seite 10 beschrieben.

Empfehlungen des Paritätischen für ein Gewaltschutzkonzept

In den Einrichtungen fehlt es häufig noch an wirkungsvollen Maßnahmen, um dem besonderen Schutzbedarf von Flüchtlingsfrauen angemessen gerecht zu werden – nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl der Flüchtlinge, die untergebracht werden müssen, häufig aber auch mangels Sensibilität, Bereitschaft oder auch schlicht effektiver Handlungsmöglichkeiten. Mit den „Empfehlungen an ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und ihren Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“ hat der Paritätische bereits im Sommer 2015 auf die fehlende Verpflichtung zu Gewaltschutzkonzepten in Flüchtlings-

unterkünften aufmerksam gemacht und die Politik dazu aufgefordert, die besonderen Bedarfe von Frauen mit Fluchterfahrung und ihren Kindern stärker zu berücksichtigen und für einen verbesserten Schutz zu sorgen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Initiativen, Projekte und Angebote auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, die sich aktiv für eine Verbesserung der Lebenssituation und des Schutzes der Frauen und ihrer Kinder in Flüchtlingsunterkünften einsetzen.

Schutz der sexuellen Selbstbestimmung muss verbessert werden

Ein besonderes Anliegen muss es zudem sein, sich für die Belange von Frauen und Mädchen zu engagieren, die von Gewalt betroffen sind und einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, beispielsweise aufgrund von Behinderungen oder Beeinträchtigungen. Sie sind besonders häufig Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie gelten als eine besonders verletzbare Gruppe, da sie aufgrund ihres Hilfebedarfs häufiger in Abhängigkeitsverhältnissen leben und daher oft struktureller Gewalt stärker ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund ist die geplante Reform zum verbesserten Schutz der sexuellen Selbstbestimmung grundsätzlich zu begrüßen. Ein Schwerpunkt der Reform liegt in der stärkeren Beachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen. Zwar werden mit dem aktuell vorliegenden Gesetzesentwurf einige bestehende Strafbarkeitslücken beim Sexualstrafrecht geschlossen, aber von einer



Marion von zur Gathen
Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit
beim Paritätischen Gesamtverband

Umsetzung der Forderungen aus der sogenannten Istanbul-Konvention ist der Entwurf noch weit entfernt. Der Forderung „Nein heißt nein“ ist mit diesem Entwurf leider nicht Rechnung getragen worden. (Siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 13 über das Projekt „Suse“ und den Frauen-Notruf Wetterau.) Es wird daher noch weitere fachliche und politische Initiativen benötigen, um zu erreichen, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden.

Alltägliche Gewalt stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rufen

Eine Verschärfung des Sexualstrafrechts wird aber allein nicht ausreichen, wenn es nicht gelingt, die alltägliche Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und wieder stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Gerade wenn sich diese Gewalt im öffentlichen Raum, etwa bei Volksfesten, beinahe regelhaft abspielt. Die Aktion „Sichere Wiesen für Mädchen und Frauen“ im Beitrag auf Seite 16 ist hierfür sicher ein gutes Beispiel.

Nicht zuletzt wird in diesem Heft beschrieben, wie wichtig es ist, bei Trennung der Eltern nach häuslicher Gewalt die Kinder mit ihren Ängsten und Nöten nicht aus dem Blick zu verlieren (Beitrag auf Seite 18).

Auch wenn die eingangs gestellt Analyse kaum Anlass zum Optimismus gibt und viele beruflich und ehrenamtlich Tätige in ihrem Alltag immer wieder erleben, unter welchen Mühen und Kämpfen oft auch nur minimale Verbesserungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder erreicht werden können, dürfen wir doch optimistisch bleiben, dass es auch weiterhin gelingt, Erfolge im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erzielen. Denn die vielen im Verband aktiven Mitgliedsorganisationen eint die Vision von einem Leben und einer Gesellschaft ohne Gewalt.



Barrierefreier Erlebnis-Urlaub

- *erholsamer Urlaub für Gruppen und Familien im TraumHaus*
- *rollstuhlgerechte Doppelzimmer, Familienzimmer bei Bedarf mit Pflegebett*
- *kulinarischer Genuss im BlauHaus, bei Halb- oder Vollpension*
- *erlebnispädagogisch begleitete Outdoor-Aktivitäten*

Bildungs- & Begegnungsstätte BlauHaus

(Elster-Werkstätten GmbH)

Halbpension
Frühstück &
Abendessen

Vollpension
Frühstück, Mittag-
& Abendessen

59,-

Preis pro
Person/Nacht
inkl. Halbpension

67,-

Preis pro
Person/Nacht
inkl. Vollpension



Barrierefreie Beherbergungsstätte TraumHaus

(INTAWO GmbH)

Rollstuhlgerechtes **Doppel- / Familienzimmer**
individuelle Gruppenbetreuung für den gesamten Aufenthalt (z.B. 24h Notruf)
Pflegebetten u. Hilfsmittel
(Duschrollstuhl, Lifter ...) **auf Anfrage**



**Kombi-
Paket**



ErlebnisWelt-Paket (INTEGRA profil) (zubuchbar)

Auswahl von 3 bis 8 verschiedenen Aktionsmodulen

(Hochseilgarten, Olympiade, Bogenschießen, Floßbau-Workshop, Insektenhotel bauen, Kanufahren usw. ...) inkl. Betreuung durch einen Erlebnispädagogen

Auswahl **3** Module
+ 79,00 € pro Person

Auswahl **5** Module
+ 109,00 € pro Person

Auswahl **8** Module
+ 139,00 € pro Person

*Das Angebot gilt ausschließlich für begünstigte Personen/ Gruppen

Buchbar ab einer Gruppengröße von mind. 10 Personen (inkl. Betreuungspersonen)

Betreuungspersonen gelten bei Gruppen ebenfalls als begünstigt



www.elsterpark-herzberg.de

☎ 03535 48 30 0

direkt am Fluss „Schwarze Elster“
04916 Herzberg | Badstraße 29-30



Sichtbar und sicher:
Das Team vom hexenHAUS
– hier Elke Schmidt-Sawatzki,
Miriam Stock und Marie-Christin
Schäfer (von links) –
setzt in Espelkamp ein
neues, vom niederländischen
Oranje Huis inspiriertes
Frauenhaus-Konzept um.

Foto: Bernd Kleiner



Das Verstecken ist vorbei

Das hexenHAUS
in Espelkamp
geht neue Wege

Das Oranje Huis im niederländischen Alkmaar sorgt für Aufsehen: Ein Frauenhaus, das nach außen sichtbar und trotzdem sicher ist. Ein Hilfezentrum, das zur Beendigung häuslicher Gewalt Frauen und ihre Kinder stärkt, aber auch dem Partner und dem Umfeld Unterstützung anbietet. Das hexenHAUS Espelkamp hat sich von diesem Modell inspirieren lassen. In Kooperation mit dem Paritätischen Nordrhein-Westfalen und dem Gesamtverband sowie mit Förderung des Deutschen Hilfswerks setzt es im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojekts ein neues Frauenhaus-Konzept um.

Irgendwann hielt Barbara M. die Gewaltausbrüche ihres Mannes nicht mehr aus, die Schläge, die sie und die drei Kinder trafen. Vor allem der älteste Sohn Paul, ein schwerbehindertes Kind, hatte unter dem Vater zu leiden. Als Barbara M. um ihr Leben zu fürchten begann, nahm sie ihre Kinder und flüchtete ins Frauenhaus

Espelkamp. Bloß weg von daheim, von der Gewalt. Und dann?

Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, gilt es Lösungen für eine passgenaue Hilfe zur Selbsthilfe zu finden. Dies ist ein Grundpfeiler des neuen Frauenhaus-Konzepts in Espelkamp. Dazu zählt auch herauszufinden, wie sich die Gewaltsituation ent-

wickelt hat. „Viele Frauen haben erst einmal gar nicht die Absicht, sich von ihrem Mann zu trennen. Sie wollen nur, dass die Gewalt aufhört“, erklärt Miriam Stock vom hexenHAUS.

Nach einem Risikoscreening zur Ermittlung des Gefährdungspotenzials und nach Zustimmung der Frau zielt die Beratung des Frauenhauses darauf

ab, sowohl mit dem gewalttätigen Mann ins Gespräch zu kommen als auch mit der Frau zu klären, welche Wege sie gehen kann, um die Gewaltsituation dauerhaft zu überwinden, falls sie sich nicht von ihrem Mann trennt. „Diese Methode entspricht nicht mehr der klaren Aufteilung Täter-Opfer“, sagt Miriam Stock. Sie versteht, dass manche Kollegin aus der Frauenhaus-Bewegung mit diesem Ansatz des Oranje-Huis-Modells Schwierigkeiten hat.

Andere Voraussetzungen als in Holland

Die Verantwortlichen des hexenHAUSES waren von der Idee aus dem Nachbarland „angezündet“. Aber das Projekt eins zu eins übernehmen, „das geht nicht“, betont Geschäftsführerin Elke Schmidt-Sawatzki. Denn das Oranje Huis und die damit verknüpften Unterstützungsleistungen seien allesamt von Kommune und Staat finanziert, „alles bewegt sich auf einer Ebene“.

Das hexenHAUS hingegen ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für ein neues Frauenhaus-Konzept erst einmal um Partner und um Finanzmittel bemühen muss. Beispiel: Das im Oranje Huis obligatorische Angebot einer Männerberatung. Das hexenHAUS suchte anderthalb Jahre nach einem Kooperationspartner für ein vergleichbares Angebot, fand aber nichts Adäquates. „Das ist schwer hier auf dem Land“, weiß Elke Schmidt-Sawatzki. Die nächste Möglichkeit böte sich in Bielefeld – mit 50 Kilometern Entfernung zu weit weg. Daher entschied das hexenHAUS, die Beratung selbst in die Hand zu nehmen, und beantragte beim Deutschen Hilfswerk Geld für eine entsprechende Fachkraft.

Nebeneinander statt übereinander

Um das Gesamtkonzept inhaltlich überhaupt umsetzen zu können, bedurfte es erst einmal passender Räumlichkeiten. Im Oranje Huis befindet sich von der Beratung bis zu den Wohnungen in mehreren Etagen alles unter einem Dach. Ein solches Objekt ließ sich in Espelkamp nicht verwirklichen. Stattdessen verfolgte das hexenHAUS gemeinsam mit PariSozial, der gemeinnützigen Gesellschaft für Pari-

tätische Sozialdienste, und dem Wohnungsunternehmen Aufbaugemeinschaft Espelkamp die Lösung „Nebeneinander statt übereinander“: Das Domizil der Frauenberatungsstelle im Schweidnitzer Weg wurde erweitert. In einem gegenüberliegenden angemieteten Gebäude zog das Frauenhaus ein. Dessen Wohnungen für schutzsuchende Frauen und deren Kinder bieten 16 Plätze und vier Notfallplätze, eine Wohnung ist behindertengerecht ausgestattet. Das Frauenhaus ist mit dem anderen Gebäude durch einen geschützten Innenhof mit Spielplatz verbunden.

„Ein Frauenhaus als bekannter Ort wirkt sich positiv auf Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung aus“

Die Sicherheitsvorkehrungen sind komplex. Der Eingang zum hexenHAUS-Ensemble wird mit einer Kamera überwacht. Besucher landen erst einmal in einer unauffälligen Sicherheitschleuse, wo sie in Empfang genommen werden. Der Zugang zum Frauenhaus ist ausschließlich mit Transpondern möglich. Das sind Chips, mit denen die Türen geöffnet werden können. Nur ein begrenzter Personenkreis verfügt über diese Transponder. Sollte ein Chip verloren gehen, wird er im System sofort gelöscht.

Sicherheit im Umfeld

Die baulichen Schutzmaßnahmen werden ergänzt durch „die Sicherheit im Umfeld“, betont Elke Schmidt-Sawatzki. Das Frauenhaus ist bekannt, ist eingebettet in die Nachbarschaft des Viertels. Auch die Polizei ist sensibilisiert, und bei drohender Gefahr wird zusätzlich ein privater Wachdienst eingesetzt.

Die Bekanntheit des Frauenhauses ist bisher ohne negative Folgen geblieben. „Wir haben nicht mehr randalierende Männer vor der Tür als vorher“, sagt Miriam Stock. Ein Frauenhaus sei ohne-

hin nie richtig geheim, meint Elke Schmidt-Sawatzki: „Jeder Pizza-Dienst und jeder Taxifahrer weiß, wo es ist.“ Und im Zeitalter der sozialen Medien werde die Anonymität noch weiter aufgeweicht.

Selbstbewusstsein stärken

Ein Frauenhaus als bekannter Ort hat laut hexenHAUS auch einen Effekt auf die Bewohnerinnen: Es wirkt sich positiv auf Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung aus. Mit dem Vorhaben, die Ressourcen der Frauen zu stärken und mit ihnen eine neue selbstbestimmte Lebensperspektive zu

erarbeiten, betritt das hexenHAUS bereits vertrautes Terrain: Alle seine Einrichtungen handeln seit Jahren nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe. Keine neuen Abhängigkeiten schaffen, lautet das Credo.

Jeder Aufenthalt im Frauenhaus beginnt mit einem Risikoscreening. „Wir müssen das Gefahrenpotenzial einschätzen“, erklärt Marie-Christin Schäfer, die das hexenHAUS-Team während der Umsetzung des Projekts vergrößert; ihre Stelle finanziert das Deutsche Hilfswerk. Es gibt drei Risikostufen: „Gelb“ bedeutet: ein Aufenthalt ohne weitere Schutzmaßnahmen wie Kontakt- und Näherungsverbot für den Mann ist möglich. Derartige Schritte werden bei der Stufe „Orange“ eingeleitet. Bei „Rot“ ist die Gefahr so groß, dass die Frau umgehend in einem anonymen Frauenhaus in einer anderen Stadt untergebracht werden muss.

Den Blick nach vorne richten

„Wir bekommen durch unsere Fragen ein gutes Bild“, erklärt Miriam Stock. Barbara M. und ihre Kinder zum ▶▶

Beispiel wurden in „Orange“ eingestuft. Das hexenHAUS schaltete das Jugendamt ein und unterstützte Frau M., ein Näherungs- und Kontaktverbot für ihren Mann zu erwirken. In der nächsten Phase galt es, Frau M. zu stabilisieren und ihr zu helfen, den Blick nach vorne zu richten. Für den schwerbehinderten Sohn fand sich ein Platz in einer Wochenpflege, so konnte sich Barbara M. auf die jüngeren Kinder und auf sich selbst konzentrieren. In der systemischen Beratung zeigte sich, dass Frau M. künftig getrennt von ihrem Mann leben möchte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass ihr Mann in der Zwischenzeit eine Therapie begonnen hatte. Eine neue Bleibe fand sie beim teilstationären Wohnungsprojekt des hexenHAUSes. Und ihre Schwester erklärte sich bereit, ihr zur Seite zu stehen.

Oft müssen die Frauen wieder lernen, selbstbestimmt zu leben

Selbstbestimmt zu leben müssen die Bewohnerinnen des Frauenhauses oft erst oder wieder lernen. Die Sozialpädagoginnen des hexenHAUSes versuchen in einer Umfeldanalyse herauszufinden, wer in der Familie oder im Bekanntenkreis noch helfen kann. Sie bereiten die Frauen außerdem darauf vor, wie sie nach der Zeit im Frauenhaus alltägliche Angelegenheiten selbst bewältigen können: eine Wohnung und eine Arbeit finden, finanzielle Angelegenheiten regeln. Dazu gehören Merkblätter, zum Beispiel zu Fragen bei der Wohnungsbesichtigung. Solche Handreichungen müssen zur Überwindung von Sprachbarrieren für Frauen mit Migrationshintergrund einfach gehalten sein, bestimmte Sachverhalte gegebenenfalls visuell erläutert werden. „Da ist Kreativität gefragt“, so Miriam Stock.

Besondere Unterstützung für die Kinder

Der Stärkungsaspekt des Frauenhaus-Konzepts bezieht sich ebenfalls auf die Kinder der Bewohnerinnen. „Kinder aus Gewaltbeziehungen brauchen besondere Unterstützung, damit sie später nicht in die gleiche Schaulufe geraten“, betont Elke Schmidt-Sawatzki.

„Zu uns kommen Frauen, die waren schon als Kinder mit ihren Müttern hier.“ Deswegen finden die Kinder im Frauenhaus viel Raum, sich zu entfalten. In der Gruppe und allein mit der Erzieherin erhalten sie spielerisch Bestätigung, können Selbstvertrauen aufbauen.

Eigene Persönlichkeiten mit eigenen Wünschen

Mädchen und Jungen erfahren hier oft zum ersten Mal, als eigenständige Persönlichkeit mit eigenen Wünschen angenommen zu werden. Miriam Stock erinnert sich an einen älteren Bruder von Zwillingen, der sich immer um die Kleinen kümmern musste und selbst hinten anstand. Die Erzieherin meinte, ihm mit einem Ausflug ins Schwimmbad etwas Gutes zu tun. Erst im Wasser gestand der Junge, dass er viel lieber Basketball gespielt hätte. Es brauchte die informelle Umgebung, das „Einzelsetting“ mit der Pädagogin, damit der Junge sich öffnete. Wo immer es geht, sollen die Mädchen und Jungen aus dem Frauenhaus auch in Sport- oder andere Vereine gehen, um neue Erfahrungen zu machen.

Positive Impulse für das Mutter-Kind-Verhältnis

Das „Stärkungskonzept“ wirkt nicht nur bei der Persönlichkeit der Kinder aufbauend. Es gibt auch positive Impulse für das Mutter-Kind-Verhältnis. Barbara M. zum Beispiel hat ihre drei Kinder zwar immer gut versorgt, tat sich aber schwer mit Nähe und Empathie. Die Erzieherin nahm im Zuge des intensiven Kontakts wahr, dass der jüngere Sohn gerne schmökert. Sie riet Frau M., ihrem Jungen vorzulesen und so eine Gemeinsamkeit aufzubauen. Es gibt auch eine Kindergruppe, in der Mütter an Spielen beteiligt sind, zum Beispiel gemeinsam mit den Kindern Tauziehen, und sich so nahe kommen. Außerdem ist regelmäßig ein Familientherapeut anwesend, der monatliche Müttergespräche führt.

Die Neuausrichtung hat den hexenHAUS-Verantwortlichen einmal mehr deutlich gemacht: Ohne Vernetzung geht es nicht. „Ein Frauenhaus kann keine abgeschottete Black Box sein.

Wir müssen mit den Institutionen kooperieren, allein schon wegen der Nachsorge“, bekräftigt Miriam Stock. Das hexenHAUS hat die Polizei, den Kreis und andere Behörden von seiner Arbeit überzeugt. „Wir treten da selbstbewusst auf und rechnen vor, was häusliche Gewalt zum Beispiel das Gesundheitswesen kostet. Wir hingegen wirken präventiv“, ergänzt Elke Schmidt-Sawatzki.

Letztes Jahr der Projektphase

Das Pilotprojekt des hexenHAUSes läuft mittlerweile im dritten und damit letzten Jahr. Alle Instrumente sind entwickelt und werden in der Praxis erprobt. Zum Ende des Jahres wird das Konzept noch einmal überprüft. Bis dahin feilt das Projektteam weiter an Inhalt und Abläufen, damit die Arbeit auch mit dem Regelpersonal – zwei Sozialpädagoginnen, eine Erzieherin, eine Hilfskraft – umgesetzt werden kann. „Die häusliche Gewalt an Frauen und Kindern hat nicht abgenommen“, sagt Elke Schmidt-Sawatzki. Um sie zu bekämpfen, sei mehr als engagierte Sozialarbeit notwendig. Die Geschäftsführerin des hexenHAUSes vermisst vor allem eine konsequente Ahndung der Gewalt durch die Justiz: „Verurteilungen von gewalttätigen Partnern sind selten.“

Bernd Kleiner

hexenHAUS
(Hilfe für Menschen in
Krisensituationen e.V.)
Tel.: 05772/9737-0
E-Mail: elke.schmidt-sawatzki@hexenhaus-espelkamp.de
www.hexenhaus-espelkamp.de

IMMER- IM-DIENST- WAGEN.



Perfekt für Pflegedienste: Der Polo.

Wer jeden Tag im Einsatz ist, sollte sich etwas Unterstützung gönnen. Am besten vom Polo. Seine innovativen Assistenzsysteme wie z. B. der optionale Front Assist mit City-Notbremsfunktion sorgen dafür, dass Sie stressfrei durch den dichten Stadtverkehr kommen. Und die serienmäßige Multikollisionsbremse kann sogar bei einem Unfall Folgekollisionen vermeiden. Der Polo – eine Investition, die sich jeden Tag lohnt. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Volkswagen Partner.



Volkswagen

„Viele Frauen gehen in den Sammelunterkünften nachts aus Angst vor Übergriffen nicht mehr zur Toilette“

Sie sind vor Gewalt, Unterdrückung und bitterer Not aus ihrer Heimat geflohen, um sich oder auch ihre Kinder in Sicherheit zu bringen, die Chance auf eine bessere Zukunft zu ergreifen. Frauen aus mehr als 80 Ländern – von Afghanistan bis Zaire – finden Jahr für Jahr in der Kölner Beratungs- und Informationsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen agisra Rat und Unterstützung. Behshid Najafi, eine der zwei Geschäftsführerinnen der autonomen feministischen Einrichtung, und Diplom-Pädagogin Shewa Sium berichten von wichtigen aktuellen Schwerpunkten ihrer Arbeit.

Nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof war agisra für viele Medien aus dem In- und Ausland eine wichtige Anlaufstelle. Ihre Meinung war gefragt, weil Sie bei agisra viel Erfahrung mit den Themen Gewalt gegen Frauen und Migration haben. Wie bewerten Sie jetzt, einige Monate später, die Vorfälle und die Folgen?

Behshid Najafi: Was Silvester am Hauptbahnhof passiert ist, ist wirklich schlimm. Dass diese Übergriffe auf Frauen gesellschaftlich ernst genommen und verurteilt werden, ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Leider werden sexualisierte Gewalt und Sexismus in unserer Gesellschaft viel zu oft bagatellisiert. Sie sind aber keine Ausnahmeerscheinung. Viele Frauen sind dieser Gewalt tagtäglich ausgesetzt. Das muss in der Öffentlichkeit mehr Beachtung erfahren, nicht nur nach spektakulären Vorfällen wie in Köln. Was uns aber sehr entsetzt, ist dass wir

erleben, wie Pegidaleute sich nach den Kölner Ereignissen plötzlich als Frauenrechtler produzieren und die Übergriffe für rassistische Propaganda instrumentalisiert werden. Aus unserer langjährigen Beratungspraxis wissen wir aber, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen unabhängig ist von Nationalität, Religion oder Schichtzugehörigkeit. Und sie findet im Übrigen mehrheitlich im sozialen Nahraum statt und deutlich seltener durch Fremde im öffentlichen Raum. Es geht um Männergewalt. Umso ärgerlicher ist es, dass die Politik die Silvester-Ereignisse als Vorwand genutzt hat, das Asylrecht zu verschärfen. Das verschlimmert nun noch einmal zusätzlich die ohnehin schon prekäre Situation von Flüchtlingsfrauen.

Können Sie das noch etwas detaillierter ausführen?

Shewa Sium: Geflüchtete Frauen, die stark traumatisiert und in fachärztli-

cher Behandlung sind, können beispielsweise im Schnellverfahren abgeschoben werden. Und der Familiennachzug ist stark eingeschränkt worden. Das trifft Frauen ungleich härter

Die 60-jährige Politikwissenschaftlerin und Pädagogin Behshid Najafi lebt seit 1986 in Deutschland. 1993 hat sie das Kölner Büro von agisra e. V. mit aufgebaut. Ehrenamtlich engagiert sie sich in vielen Arbeitskreisen. Sie ist Mitgründerin und war Vorsitzende von DaMigra, dem ersten bundesweiten, frauenspezifischen und herkunftsunabhängigen Dachverband der Migrantinnenorganisationen.

*

Shewa Sium, die sich politisch in ihrer Heimat Eritrea in der Unabhängigkeitsbewegung engagiert hatte, kam vor 37 Jahren nach Deutschland. Die 58-jährige Diplom-Pädagogin kümmert sich bei agisra auch um den Schutz von Mädchen vor Genitalverstümmelung.



Foto: Ulrike Bauer

Die gebürtige Iranerin Behshid Najafi (rechts) engagiert sich seit den 1980er-Jahren für Frauen- und Menschenrechte. Sie ist eine der zwei Geschäftsführerinnen von agisra e. V. Köln.

Diplom-Pädagogin Shewa Sium aus Eritrea ist bei agisra in der psychosozialen Beratung und Unterstützung sowie als Street-workerin tätig.

als Männer. Weil die Frauen die Verantwortung für die Familie tragen, also für Kinder und betagte Eltern, gehen die Männer oft voraus und holen dann die Familie nach. Das ist jetzt viel schwerer. Für alleinreisende Frauen ist der Weg nach Europa aber sehr risikoreich. Wir wissen von mehreren Frauen, die auf dem Weg bedroht oder gar vergewaltigt wurden, weil sie ohne männlichen Schutz waren.

Behshid Najafi: Was uns aber auch sehr besorgt, ist dass die Frauen selbst in den Flüchtlingsunterkünften hier in Deutschland nicht sicher vor Gewalt sind.

Shewa Sium: Zu uns sind bereits mehrere Frauen gekommen, die von sexuellen Übergriffen in Flüchtlingswohnheimen berichtet haben. Dass solche Fälle nur äußerst selten publik oder gar angezeigt werden, liegt daran, dass die Frauen Angst haben, dass man ihnen nicht glaubt oder dass sie in ihrer eigenen

Community stigmatisiert werden. Zusätzlich haben sie die Befürchtung, dass ihnen daraus im Asylverfahren Nachteile entstehen. Viele kommen ja aus Ländern, in denen sie kein Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit entwickeln konnten und daher Angst haben, sich an die Polizei zu wenden.

Viele Klientinnen sagen, dass sie nachts nicht zur Toilette gehen, weil sie sich vor Übergriffen und sexuellen Belästigungen fürchten.

Wer öffentlich äußert, dass Männer auf der Flucht nicht nur Opfer sind, sondern auch Täter sein können, wird mit dem Umstand konfrontiert, dass dies von bestimmten Gruppen auch genutzt wird, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu schüren. Wie gehen Sie damit um?

Behshid Najafi: Das darf uns nicht daran hindern, die Wahrheit auszusprechen. Man muss ganz klar sagen: Es ist die Situation in den Flüchtlingsunter-

künften, die generell Gewalt fördert, und diese richtet sich leider allzu oft gegen Frauen.

Shewa Sium: Haben Sie das mal gesehen? 200 Menschen in einer Halle. Tag und Nacht. Auf engstem Raum. Ohne jegliche Privatsphäre. Und das nicht nur für ein paar Wochen, sondern für fünf bis sechs Monate. Und hinzu kommt, dass die Männer in den Flüchtlingsunterkünften aufgrund ihrer Erfahrungen, die häufig schlimme Gewalterfahrungen sind, depressiv und manchmal auch gewalttätig sind. Viele haben ja über Jahre nichts anderes als Krieg erlebt. Das rechtfertigt nicht die Gewalt gegen Frauen, aber sie ist Realität.

Was können Sie für die Frauen in diesen Unterkünften tun?

Behshid Najafi: Wir fordern einerseits dringend bessere Unterbringungsmöglichkeiten, um Frauen und ihren ►►

Kindern Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Es ist unvorstellbar, was Frauen auf der Flucht erleben müssen, viele kommen traumatisiert hierher – umso wichtiger ist, dass wir ihnen jetzt hier Rechtssicherheit und wirksamen Schutz bieten.

Shewa Sium: Frauen und ihre Kinder müssten mindestens in kleinen getrennten Notunterkünften untergebracht werden und nicht in großen Lagern. Wenn Frauen gemeinsam mit Männern untergebracht werden, sollte es auf jeden Fall getrennte sanitäre Einrichtungen geben.

Können Sie mit Ihren Forderungen etwas bewegen?

Menschenrechte für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen!

Die „Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung“ kurz: agisra e. V. bietet seit 1993 in Köln psychosoziale Beratung, Begleitung und Therapie für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen an – für die Betroffenen kostenlos, anonym und unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, Religion, Alter, sexuellen Orientierung, Sprachkenntnissen und Aufenthaltsstatus.

Schwerpunkte der Arbeit von agisra sind die Bereiche Häusliche Gewalt, Frauenhandel, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung sowie die Beratung von Frauen ohne Papiere. Neben den Hilfen vor Ort gibt es auch ein telefonisches Beratungsangebot, das von Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet genutzt wird.

Dem zehn Frauen starken hauptamtlichen agisra-Team gehören hauptsächlich Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen an. Darüber hinaus gibt es einen großen Kreis ehrenamtlich Engagierter.

agisra e. V.
Tel.: 0221/124019 und 1390392
E-mail: info@agisra.org
www.agisra.org

Shewa Sium: In Köln gibt es inzwischen mit dem Wohnhaus am Severinswall eine Einrichtung nur für Flüchtlingsfrauen, und in der Einrichtung an der Herkulesstraße eine Etage für Frauen. Aber das reicht nicht und ist auch nicht die beste Lösung...

Sondern?

Behshid Najafi: Wir setzen uns generell dafür ein, dass der Zwang für Flüchtlinge, in einer Sammelunterkunft zu leben, abgeschafft wird. Dazu ist es aber auch erforderlich, dass in Deutschland nach den Prinzipien der Sozialstaatlichkeit mehr sozialer Wohnungsbau betrieben wird. Nicht nur für Flüchtlinge. Es ist für Menschen mit geringerem Einkommen insgesamt schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das ist besonders nachteilig für Frauen, die häufig über weniger Einkommen verfügen als Männer. Und für Flüchtlingsfrauen sieht die Situation noch schlechter aus.

Sie engagieren sich über die politische Arbeit hinaus aber auch ganz praktisch für Frauen in Flüchtlingsunterkünften.

Behshid Najafi: Wir haben beispielsweise in den Flüchtlingsunterkünften Flyer in 22 Sprachen verteilt, in denen wir Frauen auf unser breites Angebot aufmerksam machen. Erst seit September 2015 haben wir jeweils eine halbe Stelle vom Land Nordrhein-Westfalen und eine halbe Stelle von der Stadt Köln finanziert, um mit Flüchtlingsfrauen arbeiten zu können. Aber wir könnten noch viel mehr Personal brauchen. Der Bedarf an Beratung, Krisenhilfe und Information ist riesig.

Unsere Haltung ist: Jede Frau, egal welche Sprache sie spricht, muss unterstützt werden. Wir sprechen in unserem zehnköpfigen Team in der Beratungsstelle schon 13 Sprachen. Darüber hinaus arbeiten wir auch mit Dolmetscherinnen, deren Einsatz wir aber hauptsächlich über Spendengelder finanzieren müssen. Der Bedarf ist in den vergangenen zwei Jahren enorm gestiegen. Und viele andere Beratungsstellen, die meisten Behörden oder Jobcenter haben kaum Dolmetscherin-

nen oder muttersprachliche Beraterinnen. Eine weitere Forderung von agisra lautet daher: Flüchtlinge müssen besseren Zugang zu Informationen und zu sozialen Leistungen erhalten. Dazu ist es unter anderem wichtig, Sprachbarrieren abzubauen und zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung Dolmetscherkosten von Krankenkassen oder Kommunen finanzieren zu lassen.

Shewa Sium: Es ist hinlänglich bekannt, dass Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen meist länger in Gewaltsituationen bleiben als deutsche Frauen in einer vergleichbaren Lage. Das hat zum großen Teil damit zu tun, dass es ihnen oft an Informationen über das Hilfesystem mangelt. Und sie wissen häufig auch nicht über die Rechtslage Bescheid. Darüber hinaus ist es oft auch schwierig, von Gewalt betroffene Flüchtlingsfrauen in einem Frauenhaus unterzubringen, weil die Finanzierung wegen deren Aufenthaltsrechtlichem Status oft unklar ist. Unsere Angebote richten sich daher auch nicht nur an Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen, sondern an das gesamte Unterstützungssystem. Wir bieten auch Seminare und bundesweite Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an, die mit Flüchtlingsfrauen arbeiten – etwa für Sozialarbeiterinnen in Heimen oder in Beratungsstellen und Frauenhäusern. Aber auch für Beschäftigte der Polizei und der Jugendämter.

Was ist aus Ihrer Sicht sonst noch nötig, um Frauen in Deutschland besser vor Gewalt, auch sexueller Gewalt, zu schützen?

Behshid Najafi: Deutschland sollte unbedingt endlich die Istanbul-Konvention des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ratifizieren. Sie sieht auch vor, dass das Nein einer Frau reichen muss, um festzustellen, dass eine sexuelle Handlung gegen ihren Willen an ihr begangen wurde. Außerdem hat jede Frau ein Recht auf Schutz, unabhängig vom Aufenthalt und Status. Das ist in Deutschland mit dem aktuellen Sexualstrafrecht nicht der Fall. Ziel der anstehenden Reform muss es sein, das Gesetz hier entsprechend anzupassen.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

Tatjana Leinweber, Sylvia Engelmann und Christa Mansky (v. l.) vom Frauen-Notruf Wetterau mit Bildkarten, die der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe für die Arbeit mit Frauen und Mädchen mit Lernbehinderung entwickelt hat.



„Nein heißt nein!“

Die geplante Reform des Sexualstrafrechts geht dem Frauennotruf Wetterau nicht weit genug

Frauen und Mädchen mit Behinderung sind besonders gefährdet, Opfer von Gewalt und sexualisierter Gewalt zu werden. Der Frauen-Notruf Wetterau e. V. engagiert sich im Rahmen des Projekts „Suse – sicher und selbstbestimmt. Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken“ für Prävention und bessere Hilfsangebote.

Die Situation ist symptomatisch: „Leider können wir unser Gespräch nicht hier in der Beratungsstelle führen“, sagt Tatjana Leinweber, Mitarbeiterin des Frauen-Notrufs Wetterau. Denn die Räume im ersten Stock des Hauses in der Innenstadt von Nidda sind nicht behindertengerecht. Es gibt zwar Pläne, einen Außenaufzug anzubauen, doch noch ist nicht klar, wie das finanziert werden kann. Ohne Aufzug aber kann Sylvia Engelmann, die auf einen Rollstuhl angewiesen ist und sich als ehrenamtliche Mitarbeiterin im Projekt Suse engagiert, die Beratungsstelle nicht erreichen. Gastfreundlich wie sie ist, lädt die 59-jährige Künstlerin, Sucht-

therapeutin und Heilpraktikerin für Psychotherapie die Kolleginnen vom Frauen-Notruf zu sich nach Hause ein. „Für Beratungsgespräche mit Klientinnen, die nicht zu uns ins Haus kommen können, nutzen wir aber gewöhnlich einen behindertengerechten Raum in der Nähe, den uns die Sozialstation Nidda überlässt“, betont Christa Mansky, Soziologin und Leiterin des Frauen-Notrufs Wetterau. Sylvia Engelmann muss also nicht jedes Mal ihr Wohnzimmer zur Verfügung stellen. Gleichwohl ist diese Lösung alles andere als optimal. Sie ist aber beispielhaft dafür, dass die Beratungsstrukturen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, oft noch nicht genü-

gend auf die speziellen Belange von Frauen und Mädchen mit Behinderung ausgerichtet sind. Das soll „Suse“ ändern. Die Abkürzung steht für „Sicher und selbstbestimmt. Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken.“ – ein Projekt des bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe. Der bff ist Dachverband von rund 170 Fachberatungsstellen, die von Gewalt betroffenen und bedrohten Frauen und Mädchen Unterstützung bieten, viele davon sind auch Mitglied im Paritätischen. Obwohl Frauen mit Behinderung doppelt so häufig körperliche und psychische Gewalt erleben wie nicht-behinderte Frauen, finden diese deutlich seltener den Weg in die Beratungs- ►►

stellen. Im Rahmen des dreijährigen Suse-Projekts werden bundesweit in fünf Modellregionen (siehe auch Kasten rechts) nun inklusive, regionale Kompetenznetzwerke geknüpft, um das Beratungs- und Unterstützungsangebot zu verbessern.

Eine dieser Modellregionen ist der hessische Wetteraukreis. „Wir haben schon lange gesehen, dass es wichtig ist, dem Thema Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen mit Behinderung mehr Aufmerksamkeit zu widmen“, sagt Christa Mansky. „Darum sind wir sehr froh, dass wir uns nun mit Unterstützung des Bundesverbands der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe für das Projekt intensiv mit dieser Problematik auseinandersetzen können.“ Einerseits mit dem Ziel, Beratungsstellen, Polizei und Justiz, Politik, Schulen und Kitas sowie Organisationen der Behindertenhilfe und der Behindertenselbsthilfe für das Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu sensibilisieren, andererseits, um den Aufbau passgenauer und barrierefreier Unterstützungsangebote zu initiieren.

„Wir alle können viel lernen“

Bereits zur Auftaktveranstaltung, bei der Suse vorgestellt wurde, kamen im November 2014 rund 100 Teilnehmerinnen. Elf Einrichtungen bekundeten ihr Interesse an einer Mitarbeit im Netzwerk. 2015 gab es dann sieben Vernetzungstreffen in verschiedenen

Einrichtungen – darunter zwei Förderschulen, eine Psychosoziale Beratungsstelle, Wildwasser und die Lebenshilfe –, die bei dieser Gelegenheit ihre Arbeit vorstellten. „Bei diesen Treffen hat sich gezeigt: Bei den meisten Beratungsstellen, Behörden und anderen Kooperationspartnern ist beispielsweise kaum jemand im Umgang mit Menschen mit Lernbehinderungen oder Sinnesbeeinträchtigungen geübt. Und bei den Einrichtungen der Behindertenhilfe wiederum fehlt es meistens an Wissen über das Beratungssystem für Frauen und Mädchen zum Thema Gewalt. Wir alle können durch das Projekt viel lernen“, sagt Christa Mansky.

Blick auf die Lebensrealität behinderter Frauen und Mädchen

Ein ganz zentraler Punkt sei die Lebensrealität behinderter Frauen und Mädchen. So hat beispielsweise ein Forschungsprojekt der Universität Bielefeld im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ gezeigt, dass geistig behinderte Frauen zwei- bis dreimal häufiger sexuellem Missbrauch in Kindheit und Jugend ausgesetzt waren als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. Auch als Erwachsene sind sie der Studie zufolge zwei- bis dreimal häufiger von sexueller Gewalt betroffen als Frauen

Das Projekt Suse wird in folgenden Regionen umgesetzt:

Schleswig-Holstein: Region Ost-Holstein
 Nordrhein-Westfalen: Meschede – Hochsauerlandkreis
 Niedersachsen: Stadt und Landkreis Göttingen
 Hessen: Wetteraukreis sowie Landkreis Marburg-Biedenkopf und Stadt Marburg
www.suse-hilft.de
Kontakt:
www.frauen-notruf-wetterau.de
 Tel.:06043/4471

im Bevölkerungsdurchschnitt. Die Gründe sind vielfältig: etwa die Tatsache, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung durch ihre Beeinträchtigung zum Teil auf Assistenz angewiesen sind und in stärkerem Maße in Abhängigkeiten leben als Frauen und Mädchen ohne Behinderung. Nicht selten erfahren sie körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt von pflegenden oder betreuenden Personen, sowohl in ihrem häuslichen Bereich als auch in Einrichtungen. Auch Beeinträchtigungen in der Kommunikation können es sehr erschweren, sich zur Wehr zu setzen.

Opfer werden oft nicht ernst genommen

Häufig würden Frauen mit Behinderungen nicht als Betroffene von Gewalt wahrgenommen und ihr Recht auf Selbstbestimmung in Frage gestellt. Wenn sie sich überhaupt gegen Übergriffe zur Wehr setzten und andere um Hilfe bäten, machten sie allzu oft die Erfahrung, nicht ernst genommen zu werden, weiß Tatjana Leinweber. „Viele erleben, dass mit Gleichgültigkeit reagiert wird, wenn sie von Übergriffen berichten.“ Dabei koste es die Betroffenen ohnehin meist schon große Überwindung, überhaupt zu sagen, dass sie Opfer geworden seien, insbesondere, wenn die Tat sich im sozialen Umfeld ereignet hat: im familiären Rahmen oder in einer Einrichtung. Oft sei es dann auch schwer, anonym Hilfe zu suchen. „Beispielsweise, wenn die Frauen oder Mädchen jemanden brauchen, der sie zu einer Beratungsstelle fährt oder begleitet.“ Viele Betroffene fühlten sich ohnmächtig und fänden sich damit ab, dass sexuelle Belästigung und Gewalt zu ihrem Leben gehören. Hier müssten sowohl die Behindertenhilfe als auch das



Beratungssystem mehr Sensibilität für die besondere Situation behinderter Frauen entwickeln und den Zugang zu Hilfe erleichtern.

Erste Erfolge des Projekts

Das gilt natürlich nicht nur für Frauen mit geistiger, sondern auch mit körperlicher Behinderung. Laut Weibernetz e.V., der bundesweiten politischen Interessenvertretung behinderter Frauen, ist nur etwa jede zehnte Beratungsstelle beziehungsweise jedes zehnte Frauenhaus wirklich barrierefrei zugänglich. Es fehle an Zugängen für Rollstuhlfahrerinnen, an Mitteln für Gebärdensprachdolmetscherinnen, an Hilfen für blinde oder sehbehinderte Frauen und für Frauen mit Lernschwierigkeiten. „Die schönsten Konzepte und die besten Netzwerke nützen nichts, wenn Barrieren verhindern, dass sie von den Betroffenen genutzt werden können“, betont Beraterin Sylvia Engelmann vom Frauen-Notruf Wetterau. Insofern sei es ein wichtiger Erfolg, dass die Suse-Netzwerkarbeit unter anderem bereits dazu führte, dass eine Beratungsstelle den behindertengerechten Umbau ihrer Toilette erreichen konnte. Der Frauen-Notruf in Nidda hat, was den behindertengerechten Zugang der Beratungsstelle angeht, zwar noch einige Hürden zu nehmen, aber zumindest seine Homepage hat er inzwischen schon barrierefrei umgebaut: unter anderem gibt es dort Informationen in Leichter Sprache und Videos mit Gebärdensprache.

Vielfalt an Aktivitäten

Das bundesweite Suse-Projekt des bff kann den Netzwerkpartnerinnen und -partnern zwar keine Mittel für Personal und Sachkosten bieten, wohl aber wichtige konzeptionelle und logistische Unterstützung. Auf der Homepage www.suse-hilft.de stellt der bff zudem Informationen über therapeutische Hilfen, Beratungsstellen und Freizeitangebote ein. Und die vielfältigen Netzwerkaktivitäten in den Modellregionen tragen dazu bei, das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderung aus dem Schatten ins Licht zu holen. So finden beispielsweise initiiert durch den Frauen-Notruf in der Modellregion Wetterau pädagogische Fachtage

an Schulen statt, werden Lehrkräfte bei der Entwicklung von Konzepten zur Gewaltprävention unterstützt, ein Selbstverteidigungskurs organisiert. Darüber hinaus wurde bei einer Informationsveranstaltung mit dem Frauenzentrum in der Kreisstadt Friedberg und dem Fachdienst Frauen und Chancengleichheit des Kreises über das Netzwerk und seine Aktivitäten berichtet. Gemeinsam mit dem Frauen-Notruf Marburg haben die Aktiven aus dem Wetteraukreis „Suse für Hessen“ entwickelt und vom Sozialministerium des Landes Fördermittel bekommen, um beispielsweise Infomaterialien zu drucken, darunter auch eine Postkarte mit Brailleschrift für blinde Frauen. „Unsere Arbeit wird nicht nur wahrgenommen, sondern auch positiv bewertet“, stellt Christa Mansky fest.

Sexualstrafrecht richtig reformieren

Ganz entscheidend für den besseren Schutz behinderter Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt ist aus Sicht des Frauen-Notrufs aber auch eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechts. Die bisherigen Pläne des Bundesjustizministeriums reichten nicht aus, um alle bestehenden Schutzlücken zu schließen. In Briefen an Land- und Bundestagsabgeordnete fordert der Frauen-Notruf Wetterau daher eine Reform der Reformpläne. „Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung muss unter Strafe gestellt werden, egal ob sich das Opfer körperlich gewehrt hat oder aus welchen Gründen es das nicht getan hat“, sagt Sylvia Engelmann. „Beispielsweise, weil die Frau Angst um ihr Leben hatte oder sich wie gelähmt fühlte.“ Nicht das Verhalten des Opfers dürfe entscheidend sein, sondern allein das des Täters, betont auch Christa Mansky. Nach den derzeitigen Reformplänen sei es immer noch in vielen Fällen möglich, den Täter freizusprechen. Es werde weder genügend berücksichtigt, in welchem Ausnahmestand sich die Opfer befänden, noch werde die besondere Situation von Frauen angemessen bewertet, die aufgrund ihrer Behinderung eingeschränkt widerstandsfähig seien. Christa Mansky: „Der Gesetzesentwurf ist immer noch geprägt vom Verfügungsrecht der Männer über Frauen.“

Ulrike Bauer

Paritätischer Bayern

Webportal zeigt Wege aus der Gewalt

Für Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen hat der Paritätische Landesverband Bayern ein spezielles Portal entwickelt:

www.wege-aus-der-gewalt.de.

Das Angebot richtet sich an alle Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, an Angehörige sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Es stellt Informationen zur Verfügung, die Frauen helfen, Gewalterfahrungen klarer zu erkennen und zu benennen. Sie werden ermutigt, sich Unterstützung zu holen, und erhalten detaillierte Informationen zu den Beratungs- und Schutzeinrichtungen. Die Texte sind fast durchgängig in einfacher und klarer Sprache formu-



liert. Fast alle Texte sind auch in Gebärdensprache übersetzt. Screen-design, Funktionen und Programmierung erleichtern Nutzerinnen mit Körper-, Sinnes- oder Lernbehinderungen die Wahrnehmung und Nutzung der Inhalte (z.B. Kontrastversion, variable Schriftgröße, Vorlesefunktion, Zugänglichkeit aller Inhalte über die Tastatur). Darüber hinaus können mit diesem Portal auch Frauen angesprochen werden, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen. Bei der Gestaltung des Angebots wurde der Paritätische von Fachkräften aus den Hilfesystemen und Expertinnen aus Betroffenenorganisationen unterstützt. Finanziert wird das Projekt vom bayerischen Sozialministerium.

Bedrängt, begrapscht, vergewaltigt... Schnelle Hilfe am Security Point

Das Münchner Oktoberfest gilt als größtes Volksfest der Welt. Inmitten feiernder Menschenmassen werden jedoch auch jedes Jahr Mädchen und Frauen Opfer sexueller Übergriffe. 2003 starteten AMYNA e.V., IMMA e.V. und der Frauennotruf München daher die Aktion „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“. Kristina Gottlöber arbeitet seit zwölf Jahren während des Oktoberfests am Security Point des Kooperationsprojekts. Hier berichtet sie von ihren Erfahrungen bei einem ganz normalen Einsatz.

Draußen wird es langsam dümmrig. Ich sitze am Schreibtisch und lese in den Akten von gestern. Sieben Fälle, eine versuchte Vergewaltigung. Im Übergabebuch hat eine Kollegin notiert: „Bitte dringend neue Wasserflaschen und Taschentücher besorgen. Gummibärchen wären auch gut!“ Darunter: „Die australische Klientin von Mittwoch hat das Taxigeld vorbeigebracht (Kasse!). Und gebrannte Mandeln als Dankeschön für uns!“ Während ich noch lese, klingelt das Telefon. Das Rote Kreuz ist dran. Sie haben eine kanadische Touristin versorgt, die sehr betrunken ist und vermutlich einen sexuellen Übergriff erlebt hat. Ob wir die Frau nebenan bei ihnen abholen können? Na klar. Ich lege auf und spreche in das Walkie Talkie, das neben mir auf dem Tisch liegt: „Emily, bitte kommen!“ Meine Kollegin antwortet: „Emily hört.“ „Könnt ihr bitte beim Roten Kreuz eine Frau abholen? Sie kommt aus Kanada, der Vorname ist Gwen. Ich schicke euch eine Ablöse.“ „Gut, übernehmen wir!“

Als die beiden Ehrenamtlichen mit Gwen an den Security Point kommen, ist es 18.30 Uhr, und gerade ist eine weitere Klientin von einer Bedienung zu uns begleitet worden. Die 15-jährige Münchnerin hat vor Stunden ihre ältere Schwester verloren, ist vom Gedränge und den vielen Menschen überfordert und traut sich alleine den Heimweg nicht zu. Freitagabend am Security Point – ab jetzt wird es kaum noch Verschnaufpausen geben. Das Wetter ist schön, das Oktoberfest voll mit Feierwütigen aus aller Welt. Bis Dienstschluss um 1.00 Uhr gibt es viel zu tun.

Aufklärung, Hilfe und Unterstützung

Seit zwölf Jahren arbeite ich auf dem Münchner Oktoberfest am Security Point der Aktion „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“. Früher als Studentin und Ehrenamtliche, heute im Organisationsteam und als Fachfrau vor Ort. Die Aktion, die 2003 von AMYNA e.V., IMMA e.V. und dem Frauennotruf München in Leben gerufen wurde, macht auf das Problem sexuelle Gewalt

auf dem größten Volksfest der Welt aufmerksam. Mit einer breit angelegten Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit können wir bereits im Vorfeld der Wiesn rund 350.000 Personen erreichen. Sobald das Oktoberfest Mitte September beginnt, sind wir dann auch vor Ort, um betroffenen Mädchen und Frauen Hilfe und Unterstützung anzubieten.

Rund 200 Besucherinnen suchen jährlich während der 16 Wiesntage Hilfe und Unterstützung am sogenannten Security Point, unserer Anlaufstelle direkt auf dem Festgelände. Die Problemlagen sind vielfältig, und wir versuchen bei allen Anliegen zu helfen: Eine 16-jährige Münchnerin, deren Handyakku leer ist und die ihre Freunde nicht erreichen kann. Eine australische Touristin, die im Gedränge ihren Mann verloren hat und die Hoteladresse nicht weiß. Eine junge Soldatin aus den USA, deren Kriegstraumatisierung wieder aufbricht. Eine Düsseldorferin, deren betrunkenen Freund sie verprügelt hat. Eine Auszubildende, deren Chef sie bei einer Firmenfeier auf der Wiesn bedrängt und sexuell genötigt hat. Eine Holländerin, die auf dem Heimweg von zwei Männern ins Gebüsch gezogen und begrapscht wurde. Eine Studentin aus Florenz, die auf der Toilette vergewaltigt wurde.



Rund sechs Millionen Menschen aus aller Welt besuchen jährlich das Münchner Oktoberfest

Täter suchen gezielt nach Opfern

Ganz gleich was passiert ist, zunächst geht es meist darum, die Klientin zu stabilisieren. Eine Tasse Tee, ein Glas Wasser, ein paar Kekse und ein ruhiger Ort, um sich von dem Trubel draußen



Aktion „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“

Das Organisationsteam 2015 (von links): Anja Bawidamann (AMYNA e. V.), Alexandra Stigger (Frauennotruf München) und Kristina Gottlöber. Gottlöber ist Diplom-Sozialpädagogin und Einrichtungsleiterin der Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit IMMA e. V. Von ihr stammt diese Reportage. Fotos: Aktionsgruppe Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen

► www.sicherewiesn.de

zu erholen. Anschließend geht dann oftmals zunächst die Detektivarbeit los, denn ein großer Teil der Frauen, die unsere Hilfe suchen, hat die Gruppe, den Partner oder die Partnerin oder andere Bezugspersonen verloren. Wenn dann auch noch das Handy weg oder der Akku leer ist, besteht zunächst kaum eine Chance, die anderen alleine wieder zu finden. In diesen Fällen ist meist glücklicherweise noch kein Übergriff passiert; doch aus Fallanalysen wissen wir, dass Täter gezielt Frauen auswählen, die alleine sind, desorientiert oder verzweifelt wirken.

Ein „typischer Fall“

Rosa aus Chile ist das, was wir einen „typischen Fall“ nennen. Auch sie kommt später an diesem Abend zum Security Point. Rosa weint, sie ist sehr aufgelöst und leicht angetrunken. Sie berichtet, dass sie mit Freunden aus Chile eine Rundreise durch Europa macht. Heute Morgen sind sie in München gelandet, um das weltbekannte „Beer Festival“ zu besuchen. Vom Flughafen ging es direkt ins Hotel, dann schnurstracks weiter aufs Oktoberfest. Seit drei Uhr nachmittags sitzt Rosa mit ihren Freunden im Bierzelt.

Die Musik ist zünftig, das Bier kalt und die Stimmung ausgelassen. Als sie zur Toilette muss, ist die Schlange so lang, dass Rosa das Zelt verlässt, um draußen eine andere Toilette zu suchen. Ihre Tasche mit Handy, Geld und Zimmerkarte für ihr Hotel lässt sie im Zelt. Doch es ist Freitagabend, mittlerweile nach neun Uhr, und die Zelte sind wegen

Überfüllung geschlossen. Als Rosa zurück ins Zelt will, lässt sie der Security-Posten am Eingang nicht wieder hinein. Sie versucht es an einer anderen Tür, hat aber auch dort kein Glück. Da spricht ein Mann sie an, er wolle ihr helfen, er sei aus München und kenne einen super Trick, um wieder ins Zelt zu kommen. Er nimmt sie an der Hand und zieht sie mit sich ins Gedränge. Bevor Rosa begreift, was passiert, versucht der Fremde sie zu küssen und bedrängt sie. Rosa macht sich los und läuft davon. Doch dann verliert sie den Überblick. Entlang der Wirtsbudenstraße stehen 14 riesige Festzelte – in welchem war sie vorhin? Im Dunkeln kennt sie sich überhaupt nicht mehr aus und wendet sich schließlich hilfessuchend an ein Team der Polizei, das sie zum Security Point begleitet.

Erst einmal zur Ruhe kommen

Bei uns angekommen, erholt sich die junge Frau ein wenig. Der Übergriff macht ihr zu schaffen, und sie fürchtet, dass sie ihre Freunde nicht mehr findet. Ich kümmere mich um sie bis sie zur Ruhe kommt. Über Facebook schreiben wir ihre beste Freundin und die anderen aus der Clique an, doch keiner reagiert.

Erst nach einiger Zeit kann Rosa sich an ein Symbol im Logo des Hotels erinnern. So gelingt es uns, das richtige Hotel zu ermitteln. Ein Anruf ergibt, dass ihre Freunde zwar noch nicht dort sind, aber eine Telefonnummer für sie hinterlassen haben. Ein weiterer Anruf, und die ganze Clique kommt zum Security Point, um Rosa unter großem Hallo abzuholen.

Begleitung zur Polizei und ins Krankenhaus

In Fällen wie dem von Rosa gelingt es uns, die Klientinnen sicher nach Hause, zum Hotel oder Reisebus zu bringen oder die verlorenen Freunde und Angehörige wiederzufinden. Doch nicht alle Situationen gehen so glimpflich aus: Jedes Jahr werden auch auf dem Oktoberfest Mädchen und Frauen sexuell belästigt, bedrängt, genötigt und vergewaltigt oder erleben andere Formen von (sexueller) Gewalt. Auch in diesen Notsituationen sind wir für die Betroffenen da: Wir stabilisieren, beraten und begleiten auch zur Polizei, ins Krankenhaus oder zur rechtsmedizinischen Untersuchung. Falls nötig bis zum nächsten Morgen, und im Rahmen der Nachsorge auch darüber hinaus.

An diesem Freitag geht der Dienst aber glücklicherweise nicht ganz so lang. Um kurz nach ein Uhr nachts fahren wir die letzte Klientin zu ihrem Campingplatz. Und eine halbe Stunde später haben dann auch wir Feierabend. Das Gelände ist wie leer gefegt, nur ein paar Security-Leute sind noch unterwegs, und die Tanklaster, die frisches Bier für morgen liefern. Oberhalb des Wiesn-Areals an der Schwanthalerhöhe steige ich auf mein Radl. Und dann geht es im Zickzack vorbei an Maßkrugscherben, Müllbergen und Bierleichen nach Hause.

Auch Kinder leiden, wenn der Vater die Mutter schlägt

Sorge- und Umgangsrecht im Kontext häuslicher Gewalt

Im Verlauf ihrer Partnerschaft kam es mehrfach zu Gewalt. Britta S.* will das nicht länger ertragen und zieht mit den Kindern ins Frauenhaus. Sie trennt sich von ihrem Mann und organisiert ihr Leben neu. Sie nimmt an gemeinsamen Gesprächskreisen mit den anderen Frauen teil. Sie bringt morgens die Kinder in die neue Kita. Sie besucht eine Weiterbildung der Landessparkasse, um sich um ihre finanziellen Belange selbst zu kümmern. Sie versucht jeden Tag ein bisschen mehr, in einen Alltag ohne Gewalt zu finden und das Erlebte zu verarbeiten. An manchen Tagen gelingt es ihr sogar, die erlebte Gewalt kurz zu vergessen.

Und dann ist da noch der Ex-Partner – der Vater der Kinder. Er möchte die Kinder sehen, möchte sie treffen. Oft und selbstbestimmt. Das Jugendamt wird eingeschaltet, es wird darüber diskutiert, wie ein Umgang aussehen könnte. Ein Gericht soll diese Frage nun entscheiden. Der Umgang muss so geregelt werden, dass er im Einklang mit der Verfassung steht. Danach hat jedes Elternteil das Recht und die Pflicht auf die Pflege und Erziehung des Kindes. Und was ist mit den Kindern? Wer erkennt, was die Erfahrung der Partnerschaftsgewalt mit den Kindern gemacht hat? Allen Beteiligten ist be-

kannt, dass Britta S. Gewalt durch ihren Ex-Mann erlebt hat. Das eine Kind war früher lebhaft und verspielt. Nun verstummt es. Es spielt lieber alleine und sucht wenig Anschluss in der Kita. Das andere Kind war früher ausgeglichen und ist nun oft aufgeregt und unruhig. Es kann manchmal die Toilette nicht rechtzeitig aufsuchen. Aber was hat das mit der Gewalt gegen die Mutter zu tun? Es geht doch nun allen gut mit den neuen Wohnverhältnissen. Die Kinder würden sich nur an die Veränderungen gewöhnen müssen und schließlich sei der Kontakt zum Vater auch wichtig.

Wissenschaftliche Untersuchung

Aber wer sieht, dass die Angst bleibt? Die Angst vor Gewalt? Vor der Gewalt gegen die Mutter bei einem Treffen mit dem Vater? In der Prüfung, ob und wie ein Umgang erfolgen soll, spielt das Kindeswohl eine wesentliche Rolle. Konkret sagt Paragraph 1684 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, dass das Familiengericht das Umgangsrecht einschränken oder ausschließen kann, soweit dies zum Wohl des Kindes erforderlich ist. Doch in der Praxis sind Entscheidungen nicht leicht zu fällen. Die Bundesregierung kommt nun ihrem Versprechen nach, das Ineinandergreifen von Gewaltschutz und Umgangsrecht in Bezug auf das Kindeswohl wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Im Rahmen einer Studie werden „Trennungsfamilien, Familiengerichte und Beratungseinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in ganz Deutschland befragt. Im Fokus stehen insbesondere das Kindeswohl, die Auswirkungen häuslicher Gewalt, die Qualität der Beratungsleistungen für Trennungsfamilien sowie die Frage, wie gut familiengerichtliche Entscheidungen

am Wohl des Kindes orientiert sind.“ Diese Studie ist dringend notwendig, denn die möglichen Auswirkungen eines Umgangsrechts auf das Kind sind noch zu wenig erforscht. Wenn unbegleiteter Umgang angeordnet wird, bedeutet dies, dass die betroffene Frau und die Kinder weiterhin einer potenziellen Gewaltsituation ausgesetzt sind. Die Konsequenzen dieser Begegnungen für die Mutter und die Kinder müssen aber berücksichtigt werden. Bei einem begleiteten Umgang treffen der Vater und die Mutter zwar nicht aufeinander, und teilweise werden zusätzliche Maßnahmen – auch zum Schutz – angeordnet. Aber es ist fraglich, ob solche Maßnahmen ausreichen, um das generelle Angstklima aufzubrechen und den Schutz vor erneuter Gewalt herzustellen. Denn der Kontext von häuslicher Gewalt bleibt auch noch nach der Trennung bestehen. Für die Frauen, aber auch für die Kinder.

Frauenhauskoordinierung engagiert sich
Frauenhauskoordinierung (FHK) beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Umgangsrecht im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und wird nun die Problematik genauer beleuchten. FHK tritt dafür ein, dass der Schutz der Frauen und die Sicherung des Kindeswohls bei der Gestaltung von Umgangs- und Sorgeregelungen im Kontext von häuslicher Gewalt im Vordergrund stehen müssen. Gewaltbetroffene Frauen brauchen sicheren Schutz vor weiterer Gewalt und Bedrohung. Da auch das Miterleben von Gewalt für die Kinder enorm belastend und schädigend ist, muss dies bei den gerichtlichen Entscheidungen zum Sorge- und Umgangsrecht berücksichtigt werden.

Anna von Gall

Referentin Frauenhauskoordinierung e. V.

* fiktives Fallbeispiel



Foto: Fotolia – altanaka



Die weibliche Genitalverstümmelung ist ein grausamer, blutiger Brauch, unter dem Millionen von Mädchen und Frauen leiden. Ziel der in Saarbrücken ansässigen Organisation (I)NTACT e.V. ist es, mögliche neue Opfer vor dieser eklatanten Menschenrechtsverletzung zu bewahren. In Togo und Benin gelingt dies schon.

Genitalverstümmelung: Ein Trauma, von dem sich viele nie mehr erholen

Manchmal kann die Tatsache, dass ein Mensch zur rechten Zeit am richtigen Ort die Initiative ergreift, Großes bewegen. Dass dies auch in ihrem Leben so sein würde, das ahnte Christa Müller aber noch nicht, als sie 1995 mit ihrem früheren Ehemann Oskar Lafontaine, dem damaligen Ministerpräsidenten des Saarlands, Benin besuchte. Die Frau von Benins Präsident Soglo, Rosine Vieyra Soglo, bat die „First Lady“ aus dem Saarland darum, ihr zu helfen: Sie wolle etwas unternehmen, damit die Mädchen in ihrem Land nicht länger dieser furchtbaren Prozedur der Genitalverstümmelung unterzogen würden. Zurück in Deutschland zögerte Christa Müller nicht lange: Mit Unterstützung der deutsch-beninischen Freundschaftsgesellschaft sammelte sie gleich Geld für ein erstes Projekt im Kampf gegen die Genitalverstümmelung in Benin. Dabei half ihr zunächst auch die Popularität als Frau des Ministerpräsidenten: 80.000 Mark kamen schon im ersten Jahr zusammen. Ein beachtlicher Erfolg angesichts der Tatsache, dass „Genital-

verstümmelung für viele ja eher ein Thema ist, mit dem sie sich nicht so beschäftigen wollen“, wie Christa Müller feststellt. Umso bemerkenswerter ist es, dass der 1996 gegründete Verein (I)NTACT e.V. inzwischen rund 1.000 Mitglieder zählt und aus Spendeneinnahmen sowie mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Saarländischen Kultur- und Bildungsministeriums in fünf afrikanischen Ländern Projekte zur Bekämpfung der Genitalverstümmelung finanziert. „Es ist so wichtig, den von Genitalverstümmelung betroffenen Mädchen zu helfen. Die Kinder haben ja nicht die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren“, sagt Christa Müller. Die Beschneidung, die meist ohne Narkose vorgenommen werde, sei eine furchterliche Erfahrung für die Mädchen, „ein Trauma, von dem sich viele nicht mehr erholen“. Überwiegend in afrikanischen Ländern seien 130 bis 150 Millionen Mädchen und Frauen betroffen. Jedes Jahr kommen bis zu zwei Millionen Mädchen hinzu.

2005 war Benin das erste afrikanische Land, in dem es gelang, dass der Brauch nach knapp zehn Jahren (I)NTACT-Engagement offiziell abgeschafft wurde. Togo folgte 2012 als zweites Land. In Burkina Faso und Senegal sind viele Regionen inzwischen schon frei von Beschneidung, als nächste Länder, so hofft Christa Müller, überwinden Ghana und Gambia diesen schrecklichen Brauch. „Wenn wir ein Land beschneidungsfrei haben, ist es wichtig, gleich mit dem Nachbarland weiterzumachen, damit die Mädchen nicht über die Grenze zur Beschneidung gebracht werden.“

Eingriff oft schon kurz nach der Geburt
In Gambia, einem der jüngsten Projektstandorte von (I)NTACT, werden etwa drei Viertel aller Mädchen an den Genitalien verstümmelt. Bei manchen Ethnien werden die Mädchen schon wenige Tage nach der Geburt dem schmerzhaften, gefährlichen und folgenreichen Eingriff ausgesetzt, häufiger sind aber Beschneidungen im Alter zwischen vier und acht Jahren. ►►

Lebenslang Narben an Körper und Seele

Weltweit sind laut (I)NTACT e. V. mindestens 130 Millionen Frauen und Mädchen Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Betroffen sind Frauen und Mädchen in 28 afrikanischen Ländern sowie in einigen Ländern des Nahen Ostens und in Südostasien. Durch Migration existiert die Praktik heute quasi weltweit. Die weibliche Genitalverstümmelung wird international als Menschenrechtsverletzung geächtet. In Deutschland ist sie als geschlechtsspezifische Verfolgung ein anerkannter Asylgrund. (I)NTACT geht davon aus, dass in Deutschland mindestens 30.000 Frauen und Mädchen afrikanischer Herkunft leben, die von Beschneidung betroffen oder bedroht sind. Fachleute aus Medizin, Recht und Bildung würden zunehmend mit diesem Brauch konfrontiert. (I)NTACT betreibt deshalb in Deutschland Informationsarbeit und steht Betroffenen als Ansprechpartner zur Verfügung. Auch für Schulen gibt es Infoveranstaltungen. Mit gleichgesinnten deutschen Organisationen hat (I)NTACT sich zum Netzwerk Integra zusammengeschlossen.

Unterschiedliche Formen

Genitalverstümmelung wird in verschiedenen Formen praktiziert. Am häufigsten werden die Klitoris und die inneren Schamlippen teilweise oder vollständig entfernt. Bei der Infibulation werden auch noch Teile der äußeren Schamlippen weggeschnitten und das Verbliebene mit einer Naht oder Dornen bis auf eine reiskorngroße Öffnung verschlossen. Alle Formen der weiblichen

Genitalverstümmelung können schwere gesundheitliche und psychische Folgen haben. Dazu zählen Inkontinenz, Probleme beim Wasserlassen sowie bei der Menstruation, Fistelbildungen, Beeinträchtigungen des Geschlechtsverkehrs, Unfruchtbarkeit und Komplikationen während der Geburt bis hin zum Tod der Mutter oder des Neugeborenen. Depressionen und Angststörungen sind oft Folge der traumatischen Erfahrung der Genitalverstümmelung.

Tödliche Folgen

Viele Mädchen sterben bereits während oder kurz nach dem riskanten Eingriff, der meist ohne Narkose und unter hygienisch bedenklichen Umständen durchgeführt wird. Sie verbluten oder sterben infolge von Wundstarrkrampf oder Blutvergiftungen. In der Hochzeitsnacht müssen infibulierte Frauen oft mit dem Messer geöffnet werden – vom eigenen Mann! Auch beim Gebären muss die Frau aufgeschnitten werden, weil das Gewebe sich wegen der Vernarbungen nicht mehr dehnt. Mutter und Kind kommen dabei oft zu Schaden. Die Frauen werden nach der Geburt wieder zugenäht, für die „zweite Hochzeitsnacht“ wieder geöffnet, ebenso bei der Geburt des nächsten Kindes.

Kontakt: Internationale Aktion gegen die Beschneidung von Mädchen und Frauen e. V. Tel.: 0681/32400, E-Mail: info@intact-ev.de, www.intact-ev.de

„Das Hauptmotiv für die weibliche Genitalverstümmelung ist, Frauen sexuell zu kontrollieren und zu schwächen. Dieses Motiv ist den Eltern, die ihre Töchter einem so grausamen Brauch unterwerfen, natürlich normalerweise nicht unmittelbar bewusst“, betont (I)NTACT-Geschäftsführerin Katharina Mbondobari-Hartleb. „Unbeschnittene Mädchen besitzen in vielen, vorwiegend afrikanischen Ländern nicht denselben Wert in der Gesellschaft wie beschnittene. Daraus entsteht ein sozialer Druck, dem sich die meisten Familien beugen.“ Es existiere eine Reihe von Überzeugungen und Begründungen, warum die Beschneidung der Töchter angeblich „notwendig“ sei: So solle etwa das sexuelle Verlangen der Mädchen und Frauen ge-

mindert und die Jungfräulichkeit der Mädchen vor der Ehe garantiert werden. Auch Vorstellungen von Schönheit oder Sauberkeit werden angeführt.

Widerstand wächst

In vielen afrikanischen Ländern nehmen die Widerstände gegen den grausamen Brauch jedoch zu, mehr und mehr Länder stellen ihn unter Strafe. Nach Togo und Benin hofft (I)NTACT in den nächsten zwei, drei Jahren auch Ghana als beschneidungsfrei registrieren zu können, Burkina Faso in zehn Jahren. Und dann auch Senegal. „Als wir Mitte der 1990er-Jahre angefangen haben, hätten wir nie gedacht, dass wir mit unserer Arbeit so großen Erfolg haben“, sagt Christa Müller. Aufklärung und Information sind die wich-

tigsten Instrumente der Arbeit des in Saarbrücken ansässigen Vereins. Ebenso bedeutend sei aber die Kooperation mit lokalen Nichtregierungsorganisationen vor Ort. Deren Mitarbeiter sprechen die Landessprache, kennen regionale Besonderheiten und sind gut vernetzt. Sehr wichtig sei es bei der Projektarbeit, zunächst die Entscheider vor Ort zu überzeugen, wie etwa religiöse Autoritäten und Beschneiderinnen. Denn diese hielten oftmals an der grausamen Tradition aus mystischen und religiösen Gründen fest und fürchteten negative Konsequenzen, wenn der Brauch in ihrem Ort nicht mehr praktiziert wird. Sie müssen also zuallererst über die schädlichen Auswirkungen der weiblichen Genitalverstümmelung aufgeklärt werden. Und oftmals ist es auch wichtig, Beschneiderinnen mit Investitionskrediten zu ermöglichen, sich eine neue Einnahmequelle zu erschließen, damit sie ihre bisherige Tätigkeit aufgeben können. Viele sind dann auch sogar zur Aufklärungsarbeit in den Dörfern bereit.

Breite Aufklärung

Nicht selten lassen sich auch religiöse Autoritäten als Unterstützer gewinnen und bringen das Thema in ihre Predigten ein. Filmvorführungen und Theaterstücke, Radiobeiträge sowie Vorträge bei Dorfversammlungen und Familienbesuche sind ebenfalls wichtige Wege zur Aufklärung der Bevölkerung. „In welches Land wir gehen, hängt von vielen Aspekten ab,“ erklärt die diplomierte Volks- und Betriebswirtin Christa Müller. „Von der Größe des Landes, von der politischen Situation, der Frage, ob wir von Seiten der Regierung Unterstützung erwarten können, damit unsere Arbeit auch erfolgreich ist.“

Gilt ein Land als beschneidungsfrei, heißt das noch lange nicht, dass (I)NTACT sich zurückzieht. Damit das Erreichte Bestand hat, folgen Nachhaltigkeitprojekte wie etwa der Bau einer Krankenstation in Benin, ein Ausbildungsprojekt für Schneiderinnen in Togo, Gartenbauprojekte, aber auch Aufklärungsveranstaltungen zu Kinder- und Frauenrechten, über Bildung für Mädchen sowie das Recht von Frauen auf Landbesitz.

Ulrike Bauer

Mitgliedschaft, die sich lohnt

Günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf ermöglichen nun auch folgende neue Partner den Mitgliedern des Paritätischen:

Das Deutsche Medizinrechenzentrum DMRZ.de stellt Pflegediensten und weiteren Leistungserbringern im Gesundheitswesen eine Plattform zur Verfügung, um direkt über das Internet mit allen Kostenträgern abzurechnen. Es gibt kein Mindestvolumen, keine Mindestvertragslaufzeit und keine versteckten Kosten. Die Anmeldung geht schnell und ist kostenfrei möglich unter: <https://svr01.dmrz.de/>
Zusätzlich bietet DMRZ.de kostenlose Software zur Pflegeplanung und Dokumentation für ambulante Pflegedienste an. Bei der Abrechnung über DMRZ.de erhalten Mitglieder des Paritätischen einen Sonderrabatt.

*

Die Sixt Leasing AG ist einer der führenden Leasinganbieter in Deutschland. Mitglieder des Paritätischen erhalten Neufahrzeuge zu Sonderkonditionen mit gleicher Garantie und Gewährleistung wie beim Händler. Als hersteller- und bankenunabhängiges Unternehmen berät die Sixt Leasing AG individuell und markenübergreifend. Auf dem Online-Portal paritaet.sixt-partnerleasing.de können Fahrzeuge individuell zusammengestellt werden. Die Leasingrate errechnet sich in Echtzeit, sodass verschiedene Fahrzeuge oder Ausstattungen konfiguriert, nebeneinander gestellt und verglichen werden können.

*

Das Aufrichten gestürzter Personen ist eine der belastendsten Situationen im Alltag einer Pflegefachkraft. Selbst für den Umgang mit durchschnittlich schweren Personen werden oft mehrere Helfer benötigt. Die Aufstehhilfe ELK von Mangar International erlaubt es einer Pflegefachkraft, eine gestürzte Person alleine in eine aufrecht sit-

zende oder stehende Position zu bringen. Wiegt eine gestürzte Person mehr als 150 Kilogramm, ist das Notfallhebekissen Camel die richtige Unterstützung: Der Helfer muss die Person nicht stabilisieren, sondern sie nur auf das ungefüllte, flache Hebekissen rollen. Auf Knopfdruck füllt sich dann das Kissen und hebt die Person an.

Mitglieder des Paritätischen erhalten auf die Bewegungshilfen ELK und Camel einen Sonderrabatt von 40 Prozent auf die unverbindliche Preisempfehlung, Mitglieder des Paritätischen als Privatpersonen zehn Prozent.

*

Der neue Katalog „Die Rahmenverträge des Paritätischen“ ist im April in der 5. Auflage erschienen. Alle Mitgliedsorganisationen erhalten automatisch ein Exemplar per Post. Wer weitere Exemplare benötigt, wird gebeten, sich an den zuständigen Landesverband oder direkt an den Gesamtverband zu wenden per E-Mail an: katalog@paritaet.org.

*

Einige Rahmenvertragspartner bieten über die Sonderkonditionen für Einrichtungen hinaus auch Rabatte für deren Beschäftigte an. Unter anderem erhalten sie diese Sonderpreise bei ATU (Autoteile), Createc und Geosaver (Bastelmaterial), Enterprise, Europcar und SIXT (Autovermietung), Gravis (Apple Produkte), Libify (GPS-Notrufhandy), Mangar (Hebekissen), naturstrom (Strom und Gas), Union Versicherungsdienst, Vodafone (Telekommunikation). Details finden Interessierte in der Kategorie „private Nut-

zung“ in der Rahmenvertragsdatenbank.

*

Weiterführende Informationen sowie Übersichten der Sonderkonditionen und Kontaktdaten der Partner finden Mitglieder auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands unter www.der-paritaetische.de in der Rubrik Intern/Rahmenverträge.

*

Der Paritätische Gesamtverband informiert mit einem Newsletter per E-Mail über Neuigkeiten und Sonderaktionen seiner Rahmenvertragspartner. Wer den Newsletter abonnieren möchte, kann dies tun mit einer E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an rvt@paritaet.org.

Kontakt:

Karsten Härle und

Rebecca Neuparth

E-Mail: einkauf@paritaet.org

Tel.: 030/24536-471



**DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND**

Mitgliedschaft, die sich lohnt.
**Die Rahmenvertragspartner
des Paritätischen**

5. aktualisierte Auflage 2016

DEUTSCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND GESAMTVERBAND e. V. | www.paritaet.org



Ein musikalisches Highlight boten Sylke Szemkus und Sonny Theet (oben l.). Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände (oben r.) waren ebenso gefragt, wie das Publikum (unten l.). Rechtes Bild: Sidonie Fernau aus Hamburg (l.) mit Juliane Meinhold.

„Werte brauchen Rechte!“

Seit seinem Jahr diskutieren der Paritätische Gesamtverband und seine Landesverbände mit Mitgliedsorganisationen und Experten darüber, welche Werte ihnen wichtig sind und eine gute soziale Arbeit ausmachen. Bei der Abschlusskonferenz Mitte April zeigte sich: Der Verband hat eine wichtige Debatte begonnen, die weitergeführt werden soll.

Konstruktiv, vielfältig, ideenreich – so hat sich der vor einem Jahr mit einer Online-Umfrage gestartete Wertedialog des Paritätischen entfaltet. „Wir haben einen Punkt erwischt, der die Mitglieder berührt“, sagt Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern. Sie steht auf der Bühne im großen Saal der Berliner Kalkscheune. Und mit ihr zahlreiche weitere Vertreterinnen und Vertreter Paritätischer Landesverbände. „Wie haben sie den Wertedialog erlebt?“, fragen Gwendolyn

Stilling, Pressesprecherin des Paritätischen Gesamtverbands, Grundsatzreferent Christian Woltering und Juliane Meinhold, Referentin für Jugendfreiwilligendienste. Jedem und jeder auf der Bühne fällt eine andere Facette der Wertedebatte ein: Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen und Arbeitsmarktpolitik, berichtet aus Hessen, dass dort beispielsweise die Frage aufgeworfen wurde, ob der Begriff Toleranz noch zeitgemäß ist oder besser durch „Respekt“ ersetzt werden müsse. Annette Ruwwe, beim

Paritätischen in NRW für Öffentlichkeitsarbeit zuständig, erzählt, dass es dort sehr gut gelungen sei, die Wertedebatte auf die konkrete Arbeit in den Mitgliedsorganisationen herunterzubrechen, beispielsweise auf die Themen Partizipation in der Jugendhilfe, Kinderrechte und Beteiligung. In Thüringen hat man laut Stefan Werner das „Ende der Bescheidenheit“ ausgerufen: „Wir müssen als Sozialwirtschaft stärker auftreten!“ Den Spagat zwischen ökonomischem Handeln und Wertebasiertheit be-

komme man nämlich gut hin. Und zwar mit „PS“, was für Paritätische Stärke steht. „Der Paritätische steht nicht nur für Vielfalt, er kann Vielfalt“, so Werner.

Vielfalt zeigt auch Baden-Württemberg: Der Landesverband hat, wie Hina Marquart aus der Stabstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit berichtet, unter anderem einen Wettbewerb zum Thema Werte in der sozialen Arbeit ausgeschrieben, um sie auch fotografisch sichtbar zu machen.

„Sozial temperierter Kapitalismus“

Der Sozialethiker und Jesuit Professor Dr. Friedhelm Hengsbach S. J. spricht als Gastredner zur Ethik der freien Wohlfahrtspflege in einer gespaltenen Gesellschaft. Er kritisiert, dass im „sozial temperierten Kapitalismus“, eine Minderheit die Wirtschaft nach eigenen Interessen steuere. Grundrechte, deren Einlösung jedem zugänglich sein sollte, sollen verstärkt privaten Profitinteressen zugänglich gemacht werden – etwa durch die Privatisierung in der Pflege. „Wenn die Krankenschwester die Minutenpflege verweigert, steht sie irgendwann auf der Straße“, illustriert er seine Auffassung, dass es kein richtiges Leben im falschen gebe. Aber wenn man feststelle, dass politische Fehlentscheidungen in eine Sackgasse geführt hätten, „sollten wir nicht auf den Riss in der Wand warten, sondern einfach drehen“, appelliert Hengsbach. „Wenn Kinder hungern ist die schwarze Null nachrangig.“

Sachzwang-Ideologie

Was Dr. Ulrich Schneider, den Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, besonders beeindruckt, ist Hengsbachs Hinweis, dass sich auch die freie Wohlfahrtspflege zu häufig einer Sachzwang-Ideologie unterwerfe. „Man muss doch auch mal nach den Sternen schauen dürfen, nicht nur nach den Fußspitzen.“ Es brauche jedoch Mut, so Schneider, das Selbstverständliche zu fordern, wie etwa, dass man von seinem Einkommen leben können muss, oder

dass es ein Unding ist, wenn Menschen im Alter aus ihrem Kiez vertrieben werden, in dem sie Jahrzehnte gelebt haben, weil sie sich die aus den Profitinteressen der Wohnungswirtschaft resultierenden Mieten nicht mehr leisten können.

Die freie Wohlfahrtspflege müsse sehen, dass auch in ihrem Bereich die Löhne nicht immer vor Altersarmut schützen, sagt Schneider. „Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass wir das hier diskutieren. Da kommen wir auch zu einigen unangenehmen Fragen, denen wir uns stellen müssen.“ Fragen aber auch der Refinanzierung auskömmlicher Löhne durch die Kostenträger.

Wertekanon verschoben

Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Patientenbeauftragter und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, kritisiert, dass sich in den vergangenen 25 Jahren der Wertekanon in Politik und Gesellschaft verschoben habe. Seit der Finanzkrise gelte man aber nicht mehr „als doof, wenn man für Sozialversicherungen ist“.

Eine starke Gemeinschaft

„Gleicher Respekt und gleiche Chancen für jeden Menschen – das ist es, was uns prägt und zugleich ein sozialpolitisches Programm ist“, betont Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen. Es sei wichtig, in der sozialen Arbeit immer wieder zu reflektieren, was man da tut und in welche Rahmenbedingungen es eingebettet ist – Rahmenbedingungen, die mitunter sehr frustrierend seien. Hier könne es zuweilen auch sehr hilfreich sein, dass man wisse: „Ich gehöre einer starken Paritätischen Gemeinschaft an, der ich mich zugehörig fühle, ich bin mit meinen Problemen nicht allein.“

Ein praktisches Beispiel dazu steuert Sidonie Fernau, Leiterin der Stabsstelle Diversität und Migration des Paritätischen in Hamburg, bei. Sie berichtete von der großen Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in der Hansestadt. Spontanes frei-



Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach S. J.



Staatssekretär Karl-Josef Laumann



Dr. Ulrich Schneider

williges Engagement, ganz neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements und bewährte Strukturen des Paritätischen hätten sich hier bestens ergänzt. Gemeinsam habe man neue Wege sozialen Engagements beschritten. Dies sei auch ein schönes Beispiel dafür, wie man mit der Stärkung der Zivilgesellschaft Paritätische Werte umsetzen könne, findet Moderatorin Juliane Meinhold.



Alexander Thron vom Naturfreundehaus Hannover, einem Jugendgäste- und Seminarhaus, plädierte dafür, in gemeinnützigen Organisationen verstärkt nachhaltiges Wirtschaften in den Blick zu nehmen. Er stellte das Konzept der „Gemeinwohl-Ökonomie“ vor: Kooperation und Solidarität statt Konkurrenz und Gewinnmaximierung.



Pia Maria Federer vom Netzwerk Inklusion Region Freiburg berichtete vom Bemühen um „Teilhabe auf Augenhöhe“. Das Netzwerk, an dem sich auch viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen beteiligen, will die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Freiburg und den Gemeinden der Landkreise voranbringen.



Ursula Schele vom PETZE Institut für Gewaltprävention in Kiel ist überzeugt: „Werte brauchen Rechte!“ Eine Frauenorganisation, die etwas erreichen wolle, müsse lästig sein, betonte sie. Es gebe viel zu tun: In Fragen sexueller Selbstbestimmung beispielsweise hinke Deutschland weit der EU-Gesetzgebung hinterher.

Impulse aus Mitgliedorganisationen



Andrik Krüger, Geschäftsführer der Paritätischen Sozialwerke – PSW gGmbH in Magdeburg, und Organisations- und Personalentwicklerin Daniela Chudoba stellten den Umgang mit Werten im Arbeitsalltag dar. Wichtig sei, dass Werte als verbindlicher Handlungsrahmen nach innen und außen gelebt würden. Daher sollte immer auch gefragt werden: Was sind unsere persönlichen Werte und die Unternehmenswerte? Was verstehen wir unter diesen Werten? Wie zeigen sie sich im Arbeitsalltag?

Die Fotos auf den Seiten 22 bis 26 machten Denise Zimmermann und Janina Trebing

Thomas Kropp von der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg sieht Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse als Brücke zwischen den Generationen. Es gehe darum, junge Menschen in Kooperation mit Erwachsenen zu fördern: auf Augenhöhe zusammenarbeiten, Demokratie erlebbar machen. Dabei sei eine grundsätzliche Haltung wichtig: „Sieht man Beteiligung als Belästigung oder Bereicherung an?“

Hartmut Reiners vom Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW in Duisburg machte deutlich: „Diskriminierung ist kein Missverständnis und kein Schicksal. Rassismus ist keine Meinung.“ Er forderte, der Schutz vor Diskriminierung etwa aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, Rasse oder Alter müsse dringend verbessert werden. Die Umsetzung der Grundrechte sei Aufgabe der Zivilgesellschaft.



Ideenwettbewerb „Vielfalt leben!“. Das sind die Preisträger

Die Völkerverständigung fördern und ein Zeichen gegen Rassismus setzen – das war Ziel eines gemeinsamen Ideenwettbewerbs des Paritätischen Gesamtverbands und des Union Versicherungsdienstes unter dem Motto „Vielfalt

leben!“. Die mit jeweils 1.000 Euro dotierten Preise gehen an die Projekte „Queer iftar“ und „Alltagsbegleiter“. Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock zeichnete die Gewinner beim Verbandstag im April aus. Queer iftar (Fastenbrechen) soll ein

kulturelles Ereignis sein, welches eine soziale Brücke zwischen queeren Geflohenen und queeren Berlinerinnen und Berlinern schaffen soll. Denn das abendliche Fastenbrechen ist nicht nur ein religiöses, sondern auch ein kulturelles Ereignis der Gemeinschaft und des Gleichseins.



Anett Martin und Ylva von Löhneysen (von l.) von piano e.V. freuen sich über den Preis für das Projekt Alltagsbegleiter, den Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock ihnen überreichte.



Saad Malik aus Berlin stellte das Projekt Queer iftar – Fastenbrechen vor.

Die freiwilligen Alltagsbegleiter von piano e.V. in Kassel unterstützen Flüchtlinge, die Neumieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG sind: Sie gehen mit ihnen beispielsweise zu Ämtern, helfen erste Kontakte zu knüpfen und einen Kindergartenplatz zu finden.

Rolf Rosenbrock eindrucksvoll im Amt bestätigt

Mit überwältigender Mehrheit hat die Mitgliederversammlung des Paritätischen Gesamtverbands Professor Dr. Rolf Rosenbrock für weitere vier Jahre im Amt des Verbandsvorsitzenden bestätigt. In seiner Rede betonte Rosenbrock die Rolle des Verbands als Teil der Zivilgesellschaft im Einsatz für Demokratie und Zusammenhalt: „Ich freue

mich auf vier weitere Jahre Arbeit an den wichtigen Fragen unseres Gemeinwesens – die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Integration von Geflüchteten, die Verminderung von Chancenungleichheit. Hier ist der engagierte Einsatz der Zivilgesellschaft unverzichtbar.“ Der 70-jährige Rolf Rosenbrock hat den ehrenamtlichen Vorsitz des Paritätischen seit 2012

inne. Dem Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist er bereits seit Jahrzehnten eng verbunden, unter anderem durch sein Engagement für die Deutsche AIDS-Hilfe sowie als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg. Seit Januar 2015 ist Rosenbrock Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. ►►



Mit großer Mehrheit im Amt bestätigt: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Während der Verbandsvorsitzende von der Mitgliederversammlung gewählt wird, erfolgt die Wahl des Vorstands im September durch den Verbandsrat. Aktuell gehören dem Vorstand an:

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Vorsitzender)
 Josef Schädle, Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (stellv. Vorsitzender)
 Cord Wellhausen, Der Paritätische NRW (stellv. Vors.)
 Prof. Barbara John, Der Paritätische Berlin
 Ulla Klapproth, Der Paritätische Niedersachsen
 Achim Meyer auf der Heyde, Deutsches Studentenwerk
 Dr. Ulrich Schneider,
 Paritätischer Gesamtverband (beratend).

„Als die zwei innovativsten Jahre für den Verband, an die ich mich erinnern kann“, hat Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider bei der Mitgliederversammlung die zwei vergangenen Jahre bezeichnet. Im Bemühen um den Erhalt des Sozialstaats und seiner Errungenschaften habe der Paritätische sich in bis dahin nicht gekannter Intensität in Kooperationen mit neuen Bündnispartnern engagiert: So beispielsweise im Rahmen der Proteste gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA, wo der Verband mit so unterschiedlichen Akteuren wie Attac, Campact und Initiativen der ökologischen Landwirtschaft an einem Strang zieht. (Siehe auch nächste Seite.)

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um eine sozial gerechte Gestaltung der Energiewende und der Bekämpfung der Energiearmut einkommensschwacher Haushalte kam der Verband auch verstärkt unter anderem mit der Verbraucherzentrale, Mieterbund und Umweltverbänden ins Gespräch.

Herausragend, so Ulrich Schneider, war aber auch das Zusammenspiel zwischen dem Gesamtverband und den Paritätischen Landesverbänden im Zuge des Wertedialogs.

Und das nächste große Kooperationsprojekt des Paritätischen, zahlreicher Mitgliedsorganisationen sowie Pro Asyl und Deutschem Gewerkschaftsbund steht bereits bevor: der Armutskongress am 7. und 8. Juli in Berlin.

(Siehe auch Bericht auf Seite 32.)

Wahl der Verbandsratsmitglieder

Dem neuen Verbandsrat des Paritätischen gehören folgende Mitglieder an:

Thomas Bader, Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

Ulrich Bauch, Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland

Wilhelm Bluschke, Der Paritätische Mecklenburg-Vorpommern

Gerlinde Bendzuck, Deutsche Rheumaliga

Imke Eisenblätter, Die Tafeln Bundesverband

Prof. Reiner Feth, Der Paritätische Rheinland-Pfalz/Saarland

Dr. Wolfram Friedersdorf, Volkssolidarität Bundesverband

Heinz Hilgers, Deutscher Kinderschutzbund

Rolf Höfert, Der Paritätische Thüringen

Prof. Barbara John, Der Paritätische Berlin

Jens Kaffenberger, Sozialverband VdK

Helga Kiel, Bundesverband für Körper- und mehrfachbehinderte Menschen

Ulla Klapproth, Der Paritätische Niedersachsen

Marie-Luise Klein, Der Paritätische Brandenburg

Klaus Magesching, Der Paritätische Schleswig-Holstein

Gerwin Matysiak, Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter

Achim Meyer auf der Heyde, Deutsches Studentenwerk

Dr. Günther Petry, Der Paritätische Baden-Württemberg

Jutta Pietsch, Sozialwerk des demokratischen Frauenbundes

Renate Reymann, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Erster Vorsitzender.

Josef Schädle, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband

Elke Schmidt-Sawatzki, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen

Dr. Wilma Simon, Der Paritätische Hamburg

Sylvia Urban, Deutsche AIDS-Hilfe

Horst Wehner, Der Paritätische Sachsen

Christa Weigl-Schneider, Der Paritätische Bayern

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, Der Paritätische Sachsen-Anhalt

Gerd Wenzel, Der Paritätische Bremen

Dr. Wolfgang Werner, Der Paritätische Hessen

Jürgen Wittmer, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

Cord Wellhausen: „Der Verband hat mich beflügelt“



Beruflich ist der frühere Manager eines großen Konzerns bereits einige Jahre im „Ruhestand“, nun will sich Cord Wellhausen, Ehrenvorsitzender des Paritätischen in NRW und stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, auch aus dem aktiven Verbandsleben zurückziehen. Er könne dies in dem hoffentlich fröhlichen Bewusstsein tun, dass er sich um den Paritätischen, um die Zivilgesellschaft und um die bürgerschaftliche Selbstgestaltung außerordentlich verdient gemacht

habe, betonte Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock bei der Mitgliederversammlung. Cord Wellhausen habe über so viele Jahrzehnte dem Paritätischen in so vielen Funktionen und auf allen Ebenen seine Klugheit, Liebenswürdigkeit, Arbeitskraft und Erfahrungen zur Verfügung gestellt, dass Worte nicht ausreichten, um die hohe Anerkennung und den großen Dank angemessen zum Ausdruck zu bringen. Cord Wellhausen konterte charmant: „Der Verband hat mich beflügelt.“

„Mensch statt Profit – SOZIALES ist nicht verHANDELbar!“ – unter diesem Motto protestierte der Paritätische am 23. April in Hannover gegen die Transatlantischen Handelsabkommen TTIP und CETA. Im Bündnis mit mehr als 100 Organisationen hatte der Gesamtverband anlässlich des Treffens von Kanzlerin Merkel mit US-Präsident Obama zur Demo aufgerufen. Über 90.000 Menschen kamen und setzen ein starkes Signal gegen die fortschreitende Ökonomisierung des Sozialen. „Deutschland ist nicht in erster Linie Wirtschaftsstandort, sondern vor allem Lebensstandort“, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands (vorne rechts) in seiner Rede. Schneider warnte davor, die Bürger- und Grundrechte auf dem Altar des Profits zu opfern. Der Herrschaft multinationaler Konzerne über demokratische Rechte müsse Einhalt geboten werden. Die nächsten Großdemonstrationen sind für den 24. September 2016, in folgenden Städten geplant: Köln, Stuttgart, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München oder Nürnberg. Aktuelle Informationen gibt es auf www.paritaet.org/ttip und auf www.ttip-demo.de.



Foto: Mike Yeung

90.000 gegen TTIP und CETA

kurz gemeldet – kurz gemeldet – kurz gemeldet – kurz gemeldet

Anlässlich des 3. Flüchtlingsgipfels waren Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, sowie weitere Vertreter der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im April zu Gast im Bundeskanzleramt.

Zuvor hatte es bereits ein zweites Spitzengespräch Rosenbrocks und anderer Spitzenvertreter der BAGFW mit den in der deutschen Islamkonferenz vertretenen muslimischen Verbänden gegeben. Auf Einladung von DITIB, der

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., fand dieses in der Zentralmoschee Köln (Foto links unten) statt. Gegenstand des Gesprächs waren die Vertiefung und Verstetigung der Zusammenarbeit und ein Erfahrungsaustausch zu den Themen Kinder- und Jugendhilfe und Altenhilfe. Es wurde vereinbart, zu diesen Themen gemeinsame Fachgespräche zu führen.

*

Im Rahmen des Kongresses Armut und Gesundheit unterzeichneten die Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Dr. med. Heidrun Thaiss (Foto rechts), und BAGFW-Präsident Prof. Dr. Rolf Rosenbrock eine Kooperationsvereinbarung. Neben der bestehenden Zusammenarbeit in den Bereichen der Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktsgesetzes, der Prävention sexualisierter Gewalt und der Frühen Hilfen soll künftig auch bei der Entwicklung lebensweltbezogener Präventionsmaßnahmen, deren Implementierung, Qua-



litätsentwicklung und Evaluation kooperiert werden.

Foto: Wagenzik

*

Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, und der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBsKM), Johannes-Wilhelm Rörig, haben eine Vereinbarung unterzeichnet, in der sich der Paritätische verpflichtet, die Arbeit des UBsKM zu unterstützen. Insbesondere will er die Weiterentwicklung und breite Implementation von Schutzkonzepten in Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche unterstützen und die Informationsarbeit intensivieren.



Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert

Fünf Jahre nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets ziehen der Paritätische Gesamtverband und der Deutsche Kinderschutzbund eine ernüchternde Bilanz: Die Leistungen seien weder von der Höhe her ausreichend noch in der bestehenden Form geeignet, Bildung und Teilhabe für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Nötig sei ein völlig neues Konzept.

Rund 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland, deren Familien auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, wachsen in Armut auf – mit erheblichen Auswirkungen auf ihre Lebens- und Zukunftschancen. Daran hat auch das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nichts geändert, kritisierten Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbunds, und Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Mitte April bei einem gemeinsamen Pressegespräch in der Hauptgeschäftsstelle des Paritätischen. Das BuT habe die 2010 vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Defizite in der Förderung von Kindern aus einkommensarmen Haushalten nicht behoben. „Die einzelnen Leistungen waren bereits zu Beginn in ihrer Höhe nicht ausreichend und wurden seitdem nie erhöht“, so Heinz Hilgers. Hinzu komme, so Ulrich Schneider, dass das BuT viel zu bürokratisch sei und an der Lebensrealität der Heranwachsenden völlig vorbeigehe.

Hauptkritikpunkte am BuT

Zum BuT gehört ein Schulbedarfspaket, für das es in zwei Raten eine jährliche Pauschale von insgesamt 100 Euro gibt, mit denen unter anderem Ranzen, Turnbeutel, Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterial bezahlt werden sollen. „Eine Erstausrüstung für Schülerinnen und Schüler kostet aber über 200 Euro, folgt man den Listen, die die Schulen zum Schuljahresbeginn verteilen. Das ist mehr als doppelt so viel wie vom Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehen“, kritisierte Heinz Hilgers.

Und in den späteren Schuljahren werde der Kostenaufwand keinesfalls kleiner, sondern steige eher noch.

Neue Hürden statt besserer Förderung

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets wurde der Anteil für Bildung und Teilhabe im Regelsatz gekürzt, da ein Teil der Bedarfe nun über das BuT gedeckt werden sollte. Der vormals im Regelsatz pauschalierte und damit automatisch ausgezahlte Anteil für Bildung und Teilhabe muss nun von den Leistungsberechtigten beantragt werden, was neue Hürden für die Inanspruchnahme geschaffen hat. Die Folge, das BuT kommt bei einem großen Teil der Anspruchsberechtigten gar nicht an. „Es ist ein bürokratisches Monster“, kritisierte Mike Menke, Pädagogischer Koordinator am Kinder-Kiez-Zentrum in Berlin, beim Pressegespräch. Das komplizierte Antragsverfahren schrecke nicht nur die Eltern ab, es koste die freien Träger auch viel Zeit, die für die pädagogische Arbeit

mit Kindern und Jugendlichen fehle. Zudem reichten die den Trägern gewährten Verwaltungspauschalen bei Weitem nicht aus. Unterm Strich habe das BuT sogar dazu geführt, dass weniger Ausflüge unternommen würden.

BuT schafft keine besseren Strukturen

Ein weiteres Problem: Die Gewährung der Leistung ist auch noch abhängig von der Angebotsstruktur vor Ort. Gebe es in einer Schule beispielsweise keine Mittagsverpflegung, führe das BuT nicht dazu, dass diese eingeführt werde, kritisierte der Kinderschutzbund. Mithin könne der im BuT vorgesehene Anteil für Mittagsverpflegung von den Berechtigten dann auch nicht in Anspruch genommen werden.

Alles andere als realitätsnah seien die Zehn-Euro-Gutscheine für Musikstunden oder für die Mitgliedschaft in Vereinen. „Was nützen zehn Euro im Monat für den Vereinsbeitrag, wenn das Kind außerdem Fußballschuhe braucht?“,



Auf großes Medieninteresse stieß das Pressegespräch zum Bildungs- und Teilhabepaket. An der Kopfseite von links: Karl Sasserath, Ulrich Schneider und Heinz Hilgers, rechts am Rand mit Brille Mike Menke. Foto: Svenja Stickert

fragte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Die Folge: Auch diese Hilfen werden kaum in Anspruch genommen.

Düstere Bilanz bei der Lernförderung

Düster sieht die Bilanz auch bei der Nachhilfe aus, die gewährt wird, wenn die Versetzung gefährdet ist und für die künftigen schulischen Leistungen des Kindes eine positive Prognose vorliegt. Kaum hätten sich die Leistungen verbessert, gebe es aber auch kein Geld mehr für Lernförderung, kritisierte Heinz Hilgers. Er wies zudem darauf hin, dass 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland Nachhilfe bekommen, in der Oberstufe sogar 30 Prozent, bei Kindern aus einkommensschwachen Familien seien 2013 einer Befragung zufolge aber nur vier Prozent der Anträge von Berechtigten bewilligt worden.

Karl Sasserath vom Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach kritisiert, die standardisierten Leistungen des BuT würden den vielfältigen Lebenslagen

von Kindern und ihren Familien nicht gerecht und trügen eher noch dazu bei, Kinder aus einkommensschwachen Familien zu diskriminieren.

Enorme Verwaltungskosten

Nach den zuletzt 2014 vorgelegten Zahlen wurden für das BuT etwa 531 Millionen Euro ausgegeben. 2011 habe die Bundesregierung insgesamt 720 Millionen an die Bundesländer weitergegeben. Gemessen daran wurden zuletzt nur noch 74 Prozent der ursprünglich als Bedarf errechneten Mittel verausgabt. Darin enthalten seien Bürokratiekosten von mehr als 182 Millionen Euro jährlich für die Abwicklung des BuT, kritisierte Kinderschutzbundpräsident Hilgers. Diese Summe ergebe sich, wenn man die Verwaltungskosten von Leistungsanbietern, Kita- und Schulverwaltungen addiere. Hilgers monierte auch, dass es immer noch keine verlässliche amtliche Statistik zur bundesweiten Inanspruchnahme der Leistungen gebe. Es dränge sich der Verdacht auf, dass es der Bundesregierung

am politischem Willen mangle, die tatsächliche Inanspruchnahme transparent und damit überprüfbar zu machen.

Kinderschutzbund und Paritätischer fordern, die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien grundlegend neu zu organisieren. Das Bildungs- und Teilhabepaket sei „von allen Sozialleistungen für Kinder die unsinnigste, teuerste und wirkungsloseste“, ein bürokratischer Murks, der nicht reformierbar sei. „Junge Menschen sind keine kleinen Arbeitslosen. Jugendhilfe gehört ins Jugendamt und nicht ins Jobcenter“, betonte Schneider. Notwendig sei ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Angebote der Jugendarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Für Kinder im Hartz-IV-Bezug und in anderen Haushalten mit niedrigen Einkommen sei zudem die Kostenfreiheit der Maßnahmen zu garantieren.

Das Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbands und des Deutschen Kinderschutzbunds steht auf www.der-paritaetische.de im Pressebereich.

„Wir brauchen kluge Konzepte gegen Altersarmut“

Als alarmierend bezeichnet der Paritätische die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung der Altersgrundsicherung. Er fordert angesichts des erneuten Anstiegs der Zahl an Menschen, die im Alter auf Sozialleistungen angewiesen sind, durchgreifende Reformen.

Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der alten Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, um 4,7 Prozent auf nunmehr 536.121 Menschen gestiegen und hat sich damit seit Einführung der Altersgrundsicherung im Jahr 2003 mehr als verdoppelt“, rechnet Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, vor. „Immer mehr Menschen stürzen im Rentenalter direkt in die Armut“, kritisiert Schneider und weist darauf hin, dass ein weiterer Anstieg der Altersarmut programmiert sei, sofern nicht umgehend politisch gegenge-

steuert werde. Neben einer Anhebung und Stabilisierung des Rentenniveaus auf 53 Prozent müsse die Rente nach unten hin armutsfest ausgestaltet werden, fordert der Verband.

„Ein System, das es zulässt, dass alte Menschen massenhaft zum Sozialamt geschickt werden, und wegen zu niedriger Leistungen schließlich bei Lebensmitteltafeln auftauchen, ist eines Sozialstaats nicht würdig“, so Schneider, „eine Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist ebenso unumgänglich wie eine Reform der Grundsicherung selbst.“ Die Forderung von Bundeskanzlerin

Angela Merkel, die Rentenfrage aus dem Wahlkampf herauszuhalten, hält Schneider für völlig abwegig: „Es kann nicht angehen, dass ausgerechnet eine der Kernfragen unseres Sozialstaats, ob nämlich dieser Staat einen auskömmlichen Lebensabend garantiert oder nicht, aus dem Wahlkampf herausgehalten und hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden soll. Wir brauchen eine offene Diskussion und einen Wettstreit der politischen Ideen, um der wachsenden Altersarmut mit klugen Konzepten wirksam zu begegnen“, forderte Ulrich Schneider.

Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren

Der Paritätische Gesamtverband hat Eckpunkte zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit entwickelt. Zudem legt er konkrete Handlungsempfehlungen für Mitgliedsorganisationen vor, die sich in diesem Bereich praktisch engagieren.

Politik und Praxis sind auf der Suche nach geeigneten Konzepten und Rahmenbedingungen zur Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Gleichzeitig wird die Ausbildungs- und Arbeitsförderung durch eine restriktive Asylpolitik überlagert, sodass einer großen Zahl von Flüchtlingen der Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Arbeitsmarktförderung versperrt bleibt.

Vor diesem Hintergrund will sich der Verband für eine möglichst breite und nachhaltige Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit engagieren. Was ihm dabei wichtig ist, formuliert er in „Paritätischen Eckpunkten zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit“. Der Paritätische fordert unter anderem, dass Flüchtlinge unabhängig von ihrem

Herkunftsland und ihrer Unterbringung einen gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang bereits nach drei Monaten ihrer Meldung als Asylsuchende (Erhalt des Auskunftsnaachweises/BÜMA) erhalten. Ab diesem Zeitpunkt soll ihnen auch eine Beschäftigung in der Zeitarbeit offenstehen. Die Vorrangprüfung habe sich als bürokratischer Hemmschuh bei der Integration von geflüchteten Menschen erwiesen und müsse vollständig entfallen.

Die Arbeitsmarktpolitik soll für geflüchtete Menschen einen Schwerpunkt bei der Ausbildung und Qualifizierung legen. Dafür sind Jugendliche umfassend beim Abschluss einer Berufsausbildung zu unterstützen. Abschlussbezogene Nachqualifizierungen, darunter auch solche, die eine Berufstätigkeit im Helferbereich mit einer begleitenden Qualifi-

zierung ermöglichen, sind dringend auszubauen. Die politisch vorgenommene Unterteilung, wonach nur Flüchtlinge, bei denen eine gute Bleibeperspektive angenommen wird, in die Arbeitsmarktförderung einbezogen werden, hält der Paritätische für grundsätzlich falsch.

*

Außerdem hat der Verband konkrete Handlungsempfehlungen für Paritätische Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Hierin sind die Praxiserfahrungen von Mitgliedsorganisationen eingeflossen, die sich schon länger in der Arbeitsmarktförderung von Flüchtlingen engagieren. Beide Papiere stehen in der Fachinformationsdatenbank des Paritätischen Gesamtverbands unter „Arbeitsmarkt, Grundsicherung, Arbeitsförderung, Flüchtlinge (Fachinfo vom 18. April 2016).

Attraktivität des Pflegeberufs steigern

Einen wichtigen fachlichen Austausch zu Details der geplanten Reform der Pflegeberufe ermöglichte ein Workshop, zu dem der Paritätische jüngst sowohl den Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, als auch Abteilungsleiter Dr. Matthias von Schwanenflügel aus dem Bundesmi-

nisterium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begrüßen konnte. Beide signalisierten die Bereitschaft zum konstruktiven Umgang mit den aus der Fachwelt kommenden Kritikpunkten im weiteren Gesetzgebungsprozess.

Der Paritätische Gesamtverband hält eine Neuausrichtung des Pflegeberufs

für unumgänglich. Ziel müsse es sein, die Attraktivität des Berufs und die Qualität der Ausbildung zu steigern, um die künftigen Anforderungen bewältigen zu können, forderte im April auch der Verbandsrat. Dabei gelte es, die hohe Qualifizierung der Pflegekräfte für spezifische Anforderungen in der Altenpflege zu sichern, damit auch aus Sicht der Altenpflege Vertrauen in das neue Berufsbild möglich sei.

Notwendig sei zudem, Lösungen zu entwickeln, die auch kleinere Träger von Pflegeeinrichtungen sowie Pflegegeschulen im Reformprozess nicht in Bedrängnis bringen. Ganz entscheidend sei auch eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsfinanzierung sowohl im Hinblick auf Schulgeld und Ausbildungsvergütung als auch die Refinanzierung der Praxisanleitung sowie der Investitionskosten der Pflegegeschulen.



Podiumsdiskussion mit dem Patientenbeauftragten Karl-Josef Laumann und Abteilungsleiter Schwanenflügel sowie Vertreterinnen und Vertretern aus dem Verband und seinen Mitgliedsorganisationen.



Zu wenig Geld für große Herausforderungen

Der Paritätische Gesamtverband hat die Aufstockung des Bundeshaushalts um 2,35 Milliarden Euro für Integration, Wohnungs- und Kitausbau sowie aktive Arbeitsmarktpolitik als einen wichtigen ersten Schritt begrüßt. Sie reiche aber nicht aus, um den bevorstehenden Aufgaben langfristig gerecht zu werden.

Wenn die Bundesregierung die aktuelle Situation als die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung bezeichnet, muss sie auch die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen“, forderte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Mit gut zwei Milliarden Euro kommen wir nicht weit.“ Absehbar sei vor allem, dass die Integration von Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt mit den dafür geplanten Mitteln nicht geleistet werden kann. „Für ausbildungsbegleitende Hilfen, Qualifizierungsmaßnahmen und berufsbezogene Sprachförderung werden angesichts des arbeitsmarktpolitischen Kahlschlags der vergangenen Jah-

re und der zusätzlichen Bedarfe deutlich mehr als 1,1 Milliarden Euro gebraucht“, so der Geschäftsführer des Paritätischen. Für den Aufbau einer qualitativ hochwertigen Sprachförderung für Geflüchtete und schon länger im Land lebende Zuwanderer sowie eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte brauche es zusätzliche 1,5 Milliarden Euro. Auch die Aufstockung im Bereich der Kinderbetreuung genüge nicht einmal im Ansatz. Mindestens 80.000 Kitaplätze und 20.000 zusätzliche Stellen müssten im nächsten Jahr geschaffen werden. Die dafür veranschlagten 450 Millionen würden bei Weitem nicht ausreichen. Auch die geplanten 180 Millionen Euro für die Einführung einer Solidarrente seien bei schon jetzt über einer Million

Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung viel zu gering bemessen.

Hesse bezeichnete zudem die 0,8 Milliarden für die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und die Förderung von benachteiligten Stadtvierteln als „Tropfen auf den heißen Stein“.

„Wenn der Bund es ernst meint mit seinem Versprechen, sozialen Wohnraum zu schaffen, brauchen wir für die benötigten 80.000 Sozialwohnungen mindestens drei Milliarden Euro im Jahr.“ Der Paritätische fordert zur Finanzierung der Maßnahmen einen steuerpolitischen Kurswechsel – hin zu einer stärkeren Besteuerung großer Vermögen, hoher Einkommen und umfangreicher Erbschaften.



ZEIT ZU(M) HANDELN

Programm und Anmeldung: www.armutskongress.de

Interessante Blogbeiträge rund um Armut

Schon vor dem Armutskongress, der am 7. und 8. Juli 2016 in Berlin stattfindet, präsentiert der Paritätische Gesamtverband im Armutsblog auf www.armutskongress.de interessante Texte, Kommentare und Berichte zur Armutsentwicklung in Deutschland. Der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff, und Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Europa und Soziales beim Paritätischen Gesamtverband, widmen sich dem Thema Altersarmut und Möglichkeiten, sie zu vermeiden. Silvia Helbig vom DGB-Bundesvorstand legt dar, warum schwerbehinderte Menschen immer noch häufiger arbeitslos sind. Die Wechselwirkungen zwischen Armut und psychischen Erkrankungen untersucht Sabine Bösing, Fachrefe-

rentin des Paritätischen, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. Dass die Hälfte aller in Armut lebenden Kinder bei Alleinerziehenden aufwächst, stellt Franziska Pabst fest. Die Fachreferentin des Paritätischen schildert im Armutsblog Ursachen und Folgen. Fachreferentin Mara Dehmer gibt Einblick in die Lebensumstände von überschuldeten Menschen, und Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation, geht auf die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Flüchtlingen ein. Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider erklärt, warum der Verband gemeinsam mit anderen Akteuren den Hauptstadtkongress veranstaltet.

Restriktion statt Integration

Deutliche Kritik hat der Paritätische Gesamtverband an den Eckpunkten für das neue Integrationsgesetz geübt. Das Gesetz sei vor allem von Restriktionen und neuen Sanktionen geprägt und berge die Gefahr, Misstrauen und Vorurteile gegenüber Geflüchteten zu bedienen.

„Dieser Sanktionskatalog vermittelt den Eindruck, als fehle es an Integrationsbereitschaft bei den Geflüchteten. Das Kernproblem ist jedoch, dass es an ausreichend Integrationsangeboten fehlt“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Wir wissen aus der Praxis unserer Träger, dass die Nachfrage nach Integrationsangeboten riesig ist. Die Menschen, die Zuflucht bei uns suchen, wollen sich integrieren und ein Integrationsgesetz, das den Namen verdient, hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen“, so Schneider. Es sei vor diesem Hintergrund bezeichnend, dass in dem Eckpunktepapier zwar von Sanktionen bei

nicht erfüllten Integrationsleistungen die Rede sei, aber in keiner Weise aufgeführt werde, wie die Gestaltung und Finanzierung der Integrationsangebote von statten gehen sollen.

Insbesondere die geplante Wohnsitzzuweisung sei ein Instrument der Kontrolle, mit dem Geflüchtete in Deutschland zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden, kritisiert Kenan Küçük, Sprecher des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen. „Gesellschaftliche Einbindung ist nahezu unmöglich, wenn man sich zwangsweise an einem Ort befindet, an dem man nicht sein will, zum Beispiel weil familiärer und sozialer Anschluss vor Ort fehlen oder

kaum berufliche Perspektiven bestehen“, so Küçük.

Der Paritätische warnt davor, Geflüchtete jetzt dazu zu benutzen, von jahrelangen sozialpolitischen Versäumnissen abzulenken und damit Rechtspopulisten und Rassisten in die Hände zu spielen. Bezahlbarer Wohnraum, Bildung, Arbeitsmarktzugang, Kinderbetreuung, Renteversicherung und Altersarmut seien Themen, die alle in Deutschland lebenden Menschen betreffen – und nicht erst seit dem Zuzug von Geflüchteten. „Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer jetzt sogenannten besorgten Bürgern und den Wählern der AfD nach dem Mund redet, spaltet diese Gesellschaft“, so Küçük.

Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt

Einen Tag vor dem internationalen Gedenktag für Flüchtlinge, am Sonntag, dem 19. Juni 2016, gilt es im Rahmen der Aktion „Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt“, Zeichen zu setzen – gegen Fremdenhass und für Menschlichkeit, Vielfalt und Weltoffenheit. Für diesen Tag sind in Berlin, Hamburg, Leipzig und München und in anderen Orten Menschenketten zum Schutz und als Symbol der Solidarität

geplant. Sie verbinden Moscheen, Kirchen, Synagogen, soziale Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte, Museen, Theater und Rathäuser.

Zum Auftakt soll es bereits am 18. Juni in Bochum eine Menschenkette geben. Organisiert wird der Aktionstag vom Paritätischen Gesamtverband im Bündnis mit Arbeiterwohlfahrt, Amnesty International, Brot für die Welt, Campaign, den NaturFreunden, Pro Asyl sowie anderen Akteuren unter anderem



aus Kirchen und Gewerkschaften. Nähere Informationen finden Interessierte auf der Internetseite www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de.

„Wer eine Perspektive hat, braucht keine rechte Ideologie“

Im Rhein-Erft-Kreis sind rund 5.000 Jugendliche arbeitslos, 2.034 von ihnen sogar länger als vier Jahre. Armut und Perspektivlosigkeit sind die Folge. „Um ein Abdriften der Jugendlichen in die rechtsextreme Szene zu verhindern, müssen wir ihnen positive Zukunftsaussichten geben“, das mahnte Julian Beywl, Geschäftsführer von Ash-Sprungbrett e.V. auf einer Fachtagung mit dem Titel „Einstiegs- und Ausstiegsprozesse Rechtsextremismus“. Anlass für die Fachtagung sei gewesen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer häufiger mit rechtsextremen Sprüchen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert werden und rechte Gruppierungen wieder massiv agitierten, berichtet der Jugendhilfe- und Jugendbildungsträger ASH Sprungbrett e.V. Ziel der Tagung war es daher, Informationen über die Strukturen und Mechanismen der rechtsextremen Szene im Rhein-Erft-Kreis auszutauschen, Strategien gegen den Einstieg junger Menschen ins rechtsextreme Milieu zu entwickeln und die beteiligten Akteure im Jugendbereich besser zu vernetzen. Organisiert wurde die Tagung in Zusammenarbeit mit Re/init e.V. aus Recklinghausen. Einen Überblick über

rechtsextreme Strukturen und Vereinigungen in Köln und dem Rhein-Erft-Kreis gab Hans-Peter Killguss von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Köln. Dr. Christoph Busch vom NRW-Innenministerium erläuterte, wie geschickt rechtsextreme Gruppierungen ihre rückwärtsgewandte Ideologie für Jugendliche attraktiv machen, indem sie deren Bedürfnis nach Wertschätzung und Gemeinschaft befriedigen. Dass Menschen der rechten Szene erfolgreich den Rücken kehren können, bewies die Aussteigerinitiative Nina NRW (nina-nrw.de).

► ash-sprungbrett.de

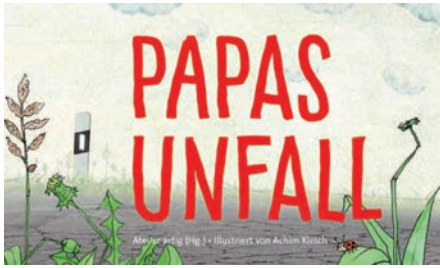
Rosenbrocks Videoblog

In der Sozial- und Gesundheitspolitik ist vieles in Bewegung. Wie steht der Paritätische Gesamtverband zu Vorhaben wie der Weiterentwicklung des Psychiatrie-Entgeltsystems und anderen sozial- und gesundheitspolitischen Vorhaben? Warum unterscheiden sich der Verband und seine Mitgliedsorganisationen nicht nur von der gewinnorientierten Wirtschaft, sondern auch von der öffentlichen Verwaltung. Über all das spricht Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock in seinem Videoblog. Zu finden ist er auf der Homepage www.der-paritaetische.de.

Kompetenzanalyse in der Migrationsberatung

Die Träger der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, darunter auch der Paritätische, haben in einem gemeinsamen Projekt mit der Bertelsmann Stiftung Kompetenzkarten für die Potenzialanalyse in der MBE-Beratung entwickelt. Hintergrund ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland noch immer deutlich schlechtere Bildungs- und Berufschancen haben,

weil ihre Kompetenzen häufig nicht erkannt werden. Die Kompetenzkarten sind sowohl auf die Bedürfnisse der Migranten als auch auf die der Berater und Beraterinnen zugeschnitten. Sie sind flexibel einsetzbar, praxisnah, und vom Sprachniveau her leicht verständlich. www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/weiterbildung-fuer-alle/projektnachrichten/kompetenzkarten/.



Plötzlich ist alles anders

An Kinder, deren Leben sich nach schweren Unfällen und plötzlichen Behinderungen eines Elternteils verändert hat, richtet sich das Bilderbuch „Papas Unfall“. Aus der Perspektive der Kinder erzählt das Buch mit Illustrationen von Achim Kirsch von einer Familie, die sich mit den Herausforderungen und Schwierigkeiten auseinandersetzen muss, die durch die plötzliche Behinderung des Vaters entstanden sind. Die Geschichte setzt sich einfühlsam mit den Ängsten und Sorgen der Kinder auseinander, die sie in dieser schwierigen Lebensphase beschäftigen. Sie ermutigt die Kinder und zeigt auf altersgerechte Weise, wie mit der großen, oft traumatischen Veränderung umgegangen werden kann und darf.

Das Buch entstand im Rahmen eines von der Kämpgen-Stiftung geförderten Projekts, in dem Kinder, die davon betroffen sind, dass ein Elternteil plötzlich durch Krankheit oder Unfall behindert ist, kunsttherapeutisch begleitet werden.

Weitere Informationen zum Buch und zur Bestellung: www.balance-verlag.de/buecher/detail/book-detail/papas-unfall.html
www.kaempgen-stiftung.de

Ratgeber für Flüchtlinge mit Behinderung

Wo finden Flüchtlinge mit Behinderung Beratung? Wie kommen sie an Hilfsmittel? Tipps und Infos zu diesen und weiteren Fragen bietet der Familienratgeber der Aktion Mensch in Leichter Sprache: www.familienratgeber.de/selbstbestimmt_leben/fluechtlinge_behinderung.php.

Neue Ansätze in der Suchthilfe

Neue Drogen und gesellschaftliche Veränderungen erzeugen neues Suchtverhalten und verlangen nach neuen Konzepten der Suchtprävention sowie passenden Beratungs- und Hilfsangeboten. In der Publikation „Neue Ansätze in der Suchthilfe“ stellt der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband aktuelle wissenschaftliche Ergebnisse und innovative Projekte aus der Praxis vor. Die Publikation richtet sich an Interessierte aus Theorie und Praxis, insbesondere an Fachkräfte sowie Studierende der Sozialen Arbeit.

Gibt es Computersucht? Können crystalkonsumierende Eltern ihre Kinder versorgen? Was braucht die Zielgruppe alter suchtkrank Menschen? Wie lassen sich Jugendliche in Alkoholszenen erreichen? In dem Themenheft des „Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit“ geht es um einen angemessenen Umgang mit solchen Herausforderungen: reflexive Sucht-

prävention, Abkehr vom „Abstinenzdogma“, Safer Use, Suchthilfe in Netzwerken und anderes mehr. Aber auch Anforderungen an eine evidenzbasierte, ideologiefreie Drogenpolitik und die bedarfsgerechte Finanzierung des Hilfesystems werden thematisiert.

Nicht nur der Zugang zu den Angeboten der Suchthilfe müsse verbessert werden, sondern auch die Partizipation der Klientinnen und Klienten, so Prof. Dr. Rolf Rosenbock, Präventionsexperte und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands: „Die Suchthilfe muss sich daran messen lassen, inwieweit sie die Selbstbestimmung, das Wunsch- und Wahlrecht und die Beteiligung eines jeden Hilfesuchenden ermöglicht.“

Neue Ansätze in der Suchthilfe, Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 1/2016

112 Seiten, 14,50 Euro, für Mitglieder des Deutschen Vereins 10,70 Euro
ISBN: 978-3-7841-2872-6

Versandkostenfreie Bestellung:
www.verlag.deutscher-verein.de

Filmtipps – Filmtipps – Filmtipps

Dokumentation Willkommen auf Deutsch

Im Zentrum der Dokumentation „Willkommen auf Deutsch“ – herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung – stehen die vielzitierte „Willkommenskultur“ und die Frage nach der Offenheit gegenüber Migrantinnen und Migranten in Deutschland.

Die Regisseure Carsten Rau und Hauke Wendler beobachten 2013 und 2014 zwei kleine Gemeinden in Niedersachsen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Sie erleben, wie sich Bürgerinitiativen gründen, die sich angesichts der neuen Nachbarn um das Wohl ihrer Kinder und den Verkaufswert ihrer Eigenheime sorgen. Sie lernen aber auch Menschen

kennen, die sich ohne Wenn und Aber für die Flüchtlinge einsetzen.

Der Film ist zu sehen auf www.bpb.de/gesellschaft/migration/willkommen-auf-deutsch, Dauer: 90 Minuten, Altersempfehlung: ab 14 Jahren.

Wir machen das

Unterschiedliche Wege in der kommunalen Flüchtlingspolitik, die sich produktiv mit der Integration von Geflüchteten befassen und die einheimische Bevölkerung einbeziehen, zeigt der Film „Wir machen das. Pragmatische Ansätze in der kommunalen Flüchtlingspolitik“, ebenfalls zu sehen auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung. Zu finden ist er dort auf www.bpb.de/mediathek.

Tyrannie des Gelingens

Plädoyer gegen die Ökonomisierung sozialer Arbeit

Nicht neu, aber immer noch aktuell ist das Buch „Tyrannie des Gelingens – Plädoyer gegen marktconformes Einheitsdenken in sozialen Arbeitsfeldern“ von Renate Schernus und Fritz Bremer. Eine Schrift, die vor allem im Zusammenhang mit der Wertedebatte des Paritätischen hier vorgestellt werden soll.

Die Autoren, die Psychotherapeutin Renate Schernus und der Diplompädagoge Fritz Bremer, waren 2004 als Aktive der Soltauer Initiative Mitinitiatoren der „Soltauer Impulse zu Sozialpolitik und Ethik“. Die Soltauer Initiative ist ein Zusammenschluss von Beschäftigten in der sozialen Arbeit, zunächst vornehmlich aus der Psychiatrie.

In „Tyrannie des Gelingens“ greifen Schernus und Bremer die Soltauer Analysen zu Ethik, Fachlichkeit und zunehmender Ökonomisierung der Arbeit im Sozial- und Gesundheitswesen auf. Sie beschäftigen sich kritisch mit der Ökonomisierung der Arbeit mit (psychisch) kranken und behinderten Menschen und zeigen, wie mit neuen Entwicklungen in den Bereichen Qualitätsmanagement und Dokumentation im Sozial- und Gesundheitswe-

sen zentrale Werte sozialer Arbeit verloren zu gehen drohen: Für Individualität und menschliche Zuwendung bleiben immer weniger Raum und Zeit. Grundrechtsansprüche würden in marktformige Tauschverhältnisse transformiert, indem kranke und behinderte Menschen, euphemistisch als „Kunden“ bezeichnet, zu Partnern des Sozialstaats hochstilisiert würden, die miteinander Vereinbarungen auf gleicher Augenhöhe trafen. „Der Bürger, der Hilfe sucht und Rechte hat, ist schwerer abzuweisen, als ein Kunde, dem ein bestimmtes Dienstleistungsprodukt nicht angeboten werden kann“, schreibt Fritz Bremer „Das ist die Strategie der Umdeutung und Neudefinition“.

In einer zunehmend neoliberal geprägten Gesellschaft, in der im Übermaß Fitness, Leitung, Mobilität und Konsum gehuldigt werde, bleibe es nicht aus, dass kranke und behinderte Menschen zunehmend als Zumutung empfunden würden. Das Soziale werde mehr und mehr verdrängt, das Ökonomische zum Feind des Menschen. „Beschädige ich den Sozialstaat, beschädige ich auch die Bürgergesellschaft“, mahnt Renate Schernus. Sie und Fritz Bremer machen klar: Die



derzeit verschobenen Prioritäten, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, sind nichts Schicksalhaftes und müssen demzufolge auch nicht einfach hingenommen werden. Fritz Bremers Appell an die Berufskolleginnen und -kollegen: „Die Lage sollte uns anregen, unsere Arbeit erneut und intensiv politisch zu begreifen.“

UB

Renate Schernus/Fritz Bremer
Tyrannie des Gelingens
Plädoyer gegen marktconformes Einheitsdenken in sozialen Arbeitsfeldern
ISBN 978-3-926200-92-1
196 Seiten, 16,80 Euro

impresum



Magazin des PARITÄTISCHEN
 ISSN-1866-1718
 Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
 Internet: www.der-paritaetische.de
 E-Mail: nachrichten@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
 Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
 Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:
 Brandenburg: Andreas Kaczynski,
 Tel.: 0331/28497-0
 Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
 Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:
 Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
 Sachsen: Thomas Neumann,
 Tel.: 0351/4916654
 Thüringen: Stefan Werner,
 Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Ulrike Bauer, Fotolia – SUDIO
 IONE, Fotolia – claireliz, Fotolia – karuka

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr
 Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
 Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,
 Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
 Schwanheimer Straße 110,
 60528 Frankfurt am Main



Gründerseminar: Integrative Hotels

Seit der Gründung des Embrace-Verbandes im Jahr 2007 haben die integrativen Hotels in Deutschland eine dynamische Entwicklung genommen. Die inzwischen mehr als 50 Häuser bieten nicht nur Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung, sondern fördern auch die Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung. Alleine von dieser Idee kann ein Hotel jedoch nicht leben. Als Integrationsbetrieb muss es die Gäste professionell mit seiner Dienstleistung zufriedenstellen. Welches Konzept braucht es dazu, wie muss der Markt aussehen

und wie ist es um notwendige Investitionen bestellt? Auf Fragen wie diese geben Fachleute aus den Reihen der Embrace Hotels Antworten bei einem Gründerseminar am 14. November 2016 im Embrace Hotel Grenzfall in Berlin. Ferner geht es um Personalplanung, organisatorische Abläufe in einem Hotel, betriebswirtschaftliche Eckdaten, Marketing und den Aufbau eines Businessplans.

Anmeldung und Fragen an:
 Verbund der Embrace-Hotels e. V.
 Tel.: 02245/9157670, www.embrace-hotels.eu/de/gruenderseminar/

Deutscher Bürgerpreis: Integration schaffen

Wie kann die Integration geflüchteter Menschen in unsere Gesellschaft gefördert werden? Positive Beispiele werden gesucht für den 14. Deutschen Bürgerpreis. Mit ihm sollen dieses Jahr unter dem Themenschwerpunkt „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben“ Personen, Projekte und Unternehmen ausgezeichnet werden, die den Austausch und das Miteinander fördern. Bewerbungen können bis 30. Juni eingereicht werden unter www.deutscher-buergerpreis.de/bewerben.

Junge Menschen mit Pflegeverantwortung stärken

Es gibt in Deutschland eine große Zahl von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine ihnen nahestehende Person pflegen, betreuen oder unterstützen: Mutter oder Vater, aber auch häufig Geschwister oder Großeltern. Wie diese besser unterstützt werden können, ist Thema einer Fachveranstaltung am 22. Juni 2016 in Ham-

burg. Veranstaltet wird sie von der AG JUMP – Junge Menschen mit Pflegeverantwortung im Verein wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e. V.

Nähere Informationen erhalten Interessierte per E-Mail an doehner@wir-pflegen.net.

Strafrechtliche Fragen bei sexueller Gewalt

In der Arbeit mit Opfern sexueller Gewalt werden Pädagoginnen und Pädagogen immer wieder auch mit strafrechtlichen Fragen konfrontiert. Oft besteht Unsicherheit darüber, ob eine Strafanzeige erstattet werden muss, welche Rechte und Pflichten sowohl die Betroffenen als auch professionell Beteiligte in diesem Zusammenhang haben, was eigentlich auf die Einzelnen zukommt, wenn eine Anzeige erstattet wird und wie relevant dieser Schritt für den Schutz von Betroffenen ist. All dies sind Themen einer Fortbildung von Wildwasser Wiesbaden e. V. am Freitag, 1. Juli 2016, von 9 bis 16.30 Uhr in Wiesbaden.

Es handelt sich um ein Aufbauseminar, Grundkenntnisse sind erforderlich. Weitere Informationen: www.wildwasser-wiesbaden.de

Flucht ... eine Herausforderung für die Pflegekinderhilfe

Vor welche Herausforderungen stellt unsere Einwanderungsgesellschaft die Vollzeitpflege? Dieser Frage wird am Mittwoch 1. Juni 2016, bei einer Tagung in Hannover nachgegangen. Veranstaltet wird sie vom niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, der Universität Hildesheim – Institut für Sozial- und Organisationspädagogik, der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) und dem AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. Anmeldung und weitere Informationen: www.fobionline.jh.niedersachsen.de

Deutscher Diversity-Tag: Vielfalt unternehmen

Für Dienstag, den 7. Juni 2016, ruft die Charta der Vielfalt zum bundesweiten Aktionstag auf, an dem Unternehmen und Institutionen den Vielfaltsgedanken in den Fokus rücken. Nähere Informationen gibt es auf www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag.

10. Deutscher Tafeltag

Der 10. Deutsche Tafeltag findet am 1. Oktober 2016 statt. An diesem Tag öffnen die Tafeln in Deutschland ihre Pforten, um ihre wichtige Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen und für die Anliegen der Tafeln zu werben. Vielerorts gibt es „Lange Tafeln“, Podiumsdiskussionen, Kinderfeste oder Ausstellungen. Infos: www.tafel.de

Inklusion gestalten

Die Evangelische Hochschule Darmstadt bietet einen berufsbegleitenden Masterstudiengang an, der Fachkräfte in (zukünftigen) Koordinierungs- und Führungspositionen dazu befähigt, inklusive Veränderungsprozesse einzuleiten, zu gestalten und zu etablieren: www.eh-darmstadt.de/studiengaenge/systementwicklung-inklusion/.